

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestiegeld vierteljährlich 14.00 Zl.
monatl. 4.80 Zl. In den Ausgabestellen monatl. 4.00 Zl. Bei
Postbezug vierteljährlich 16.08 Zl., monatl. 5.36 Zl. Unter Streifband in Polen monatl. 7 Zl.
Danzig 3 Gld. Deutschland 2.5 R.-M. — Einzelnummer 25 Gr. Sonntags 30 Gr.
Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung usw.) hat der Bezieher
keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Beruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Kolonielzeile 30 Groschen die 90 mm
breite Reklamezeile 150 Groschen. Danach 20 bis 100 Zl. Bi-
Deutschland 20 bzw. 100 Goldpf. übriges Ausland 100% Aufschlag. — Bei Platz-
vorschriß und schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Offerengebühr 100 Groschen. — Für das Erlösen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen
Postleitzahlen: Breslau 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 32.

Bromberg, Donnerstag den 10. Februar 1927.

51. Jahrg.

Vor dem Abbruch der deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen?

Vor einigen Wochen haben bekanntlich die schlesischen Wojewodschaftsbehörden die Ausweisung von vier höheren Beamten der Schlesischen Kleinbahn-Aktiengesellschaft in Katowice angeordnet. Es handelt sich um die deutschen Staatsangehörigen Syndikus Dr. Br. Sonneck, Dr. Grotian, den Regierungsbaurmeister Treizener und Herrn Jesse. Der deutsche Gesandte in Warschau, Ulrich Nauscher, intervenierte daraufhin bei der Warschauer Regierung, doch ist jetzt, wie die Polnische Telegraphen-Agentur meldet, auf diese Intervention ein ablehnender Bescheid erteilt worden, so daß die ausgewiesenen Grenzen Polens unverzüglich zu verlassen.

In Berliner Kreisen rechnet man damit, daß die ablehnende Antwort Polens auf die ersten Vorfälle in den deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen zur Folge haben werden. Jedemfalls befinden sich die Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen im Zustand einer sehr ernsthaften Krise.

Handelsminister Swiatkowski über die Berliner Verhandlungen.

Warschau, 9. Februar. (PAT) In der Diskussion über das Budget des Ministeriums für Industrie und Handel, in die der Sejm in seiner gestrigen Sitzung eintrat, ergriff auch der Handelsminister Swiatkowski das Wort, der u. a. auf die Handelsvertragsverhandlungen mit anderen Staaten einging und dabei etwa folgendes ausführte:

Die größte Bedeutung hat für uns ein Handelsvertrag mit Deutschland. Der Böllkrieg hat den Wirtschaftsgruppen Deutschlands nicht die Vorteile gebracht, die sie erwarteten (eine deutsche Wirtschaftsgruppe hat von dem durch Polen eröffneten Böllkrieg wirtschaftliche Vorteile erwartet). D. R. und auch die polnische Produktion nicht unterdrückt. Durch diesen Krieg wurden wir gezwungen, große Schwierigkeiten zu überwinden und uns neue Absatzmärkte zu suchen, wobei unser Wirtschaftsleben über die Anstrengungen nach dieser Richtung hin eine vorläufige Prüfung abgelegt hat. Die polnischen Waren sind in großen Mengen auf vielen bedeutenden Weltmärkten vertreten und haben dort Abnehmer gefunden, die sie als gut und solide anerkennen. Wir nehmen kein Handelsabkommen an, das nicht ein Gleichgewicht in den Zugeständnissen herstellen würde, ohne die unsere Handelsbilanz sich schlimmer gestalten würde, als wir sie jetzt im Abschnitt des erbitterten (?) Böllkrieges haben. Wir sind jeden Augenblick bereit, diesen Krieg zu beenden. Kapitulieren wollen wir aber nicht."

Von dem engen Zusammenhang zwischen der deutschen Vertragsausklärung für die polnische Wirtschaft und dem staatsnotwendigen Problem des Auslandskredits hat Herr Swiatkowski leider nicht gesprochen. Kommt es zum Abbruch der Berliner Verhandlungen, so können wir vermutlich unsere Hoffnungen auf eine großzügige Sanierungsanleihe vorläufig in den Schornstein schreiben.

Unnötige „Reserven“.

Für eine „Reserve“ in den Verhandlungen mit Deutschland glaubt der nationalistische „Kurier Poznański“ aus zwei Gründen eintreten zu müssen, die den deutschen Standpunkt in diesen Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen verschärfen: Die weitgehendste antipolnische Haltung der gegenwärtigen Regierungskreise, wie man sie sich nur vorstellen kann, sowie die Konkurrenzansprüche in den deutschen Agrarkreisen, die heute durch die deutsch-nationalen Minister den größten Einfluss auf die Regierung hätten. Die Hauptstrophe des deutsch-nationalen Lagers sei gerade die Landwirtschaft. Bei diesem Stand der Dinge ergebe sich für Polen die Pflicht, die weitgehendste „Reserve“ und Vorsicht an den Tag zu legen und angesichts der an und für sich schon riesigen deutschen Forderungen nicht eine noch höhere Nachgiebigkeit zu zeigen.

Es ist eine bewußte und des „Kurier Poznański“ durchaus würdige Unwahrheit, wenn er das Märchen von der weitgehendsten antipolnischen Haltung der gegenwärtigen Reichsregierung verbreitet. Hat man in Berlin etwa polnische Direktoren ausgewiesen?

Unter den „riesigen deutschen Forderungen“ versteht das Owiński-Organe wahrscheinlich das deutsche Begehren nach einem in jedem internationalen Handelsabkommen üblichen Niederlassungsvertrag, der übrigens durchaus gegenseitig gedacht wird. Eine Million Deutsche haben Weitpolen mehr oder weniger freiwillig verlassen. Deutsche, die hier zum größten Teil größeres Heimatrecht hatten, als die neuen polnischen Einwohner aus dem Osten. Ein Niederlassungsvertrag würde vielleicht einigen Hundert, wenn es hoch kommt, ein paar tausend Reichsdeutschen das Wohnrecht an Warthe und Weichsel sichern. Hält der „Kurier Poznański“ den polnischen Staat für so schwach, daß ihm diese harmlosen Deutschen gefährlich werden können?

Woher beziehen wir Alteisen?

Das Organ des Warschauer Handelsministeriums „Przemysł i Handel“ stellt in der 4. Nummer seines neuen

Jahrgangs fest, daß für die polnische Eisenindustrie die Einführung von Alteisen unentbehrlich ist. Gemäß Art. 227 § 3 g der deutsch-polnischen Konvention über Oberschlesien vom 15. Mai 1922 ist Deutschland zur Lieferung von 290 000 Tonnen (nach deutschen Angaben 350 000 Tonnen) Alteisen jährlich an Polen verpflichtet, d. h. der deutsche Import deckt fast den ganzen Alteisenbedarf der polnischen Industrie. Diese Verpflichtung erlischt aber mit dem 15. Juni des laufenden Jahres. Wenn bis dahin kein Handelsvertrag mit Polen abgeschlossen ist, hört die Lieferung von Alteisen automatisch auf.

Um in den Bedarf soweit wie möglich aus Inlandsvorräten zu decken, wurde unlängst ein polnisches Alteisen-Syndikat gegründet, das den Anforderungen der polnischen Eisenindustrie jedoch längst nicht genügen dürfte. So macht man sich in Warschau bereits Sorgen über die Ermöglichung einer billigen Einfuhr von Alteisen auf dem Seeweg aus anderen Ländern. Die Transportkosten dürften jedoch so hoch sein, daß die polnische Eisenindustrie schon heute von einer schweren Krise bedroht erscheint, wenn es nicht gelingen sollte, rechtzeitig in ein günstiges Vertragsverhältnis zu dem deutschen Nachbarn zu kommen.

Schwere Kämpfe in Portugal.

Wien, 9. Februar. (PAT) Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Lissabon, daß dort erneute Kämpfe zwischen den Aufständischen und den Regierungstruppen im Gange seien. An den Kämpfen beteiligt sich auch schwere Artillerie. Durch Kanonenbeschüsse wurden 60 Mann getötet und einige Hundert verwundet. Auch in Oporto werden die Kämpfe fortgesetzt. Viele Privathäuser wurden zerstört. Nach einer weiteren Meldung wurden in Lissabon 150 Politiker, zum großen Teil Journalisten, verhaftet und im Fort Monte Santo interniert.

Der „Daily Mail“ zufolge sollen sich der Revolution auch Marineforsoldaten, die Polizei, die renublikanische Garde und Infanterie-Abteilungen engeschlossen haben. Der Außen- und der Innenminister sollen verhaftet worden sein. Bei dem Aufruhr in der Hauptstadt wurden zahlreiche Personen getötet bzw. schwer verletzt. Die Revolutionäre durchstreifen die Straßen und halten Reden zugunsten der Republik und der Konstitution. Ein Kreuzer, der die Stadt bombardiert, wird von städtischen Batterien beschossen.

Oporto ist gefallen?

London, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Der portugiesische Kriegsminister hat nach Meldungen hieriger Blätter gestern nachmittag um 3 Uhr Oporto mit revolutionären Truppen besetzt. Nach Meldungen von der spanisch-portugiesischen Grenze sind sämtliche Eisenbahn-, Telefon- und Telegraphen-Verbindungen unterbrochen.

Die Lage in China.

Hankau, 5. Februar. (PAT) Der Außenminister der Kantonregierung Tschen erklärte dem englischen Botschaftsrat O'Malley, daß die Nationalisten nichts unternehmen werden, um Shanghai mit Gewalt in ihre Hände zu bekommen. In einer Anrede trat Tschen gegen die englische Diplomatie auf, die gleichzeitig Verhandlungen mit dem nationalistischen China und mit dem feudalistischen Peking führe. Nach Ansicht Tschens sei zwischen den chinesischen Nationalisten und dem chinesischen Feudalismus kein Kompromiß möglich. England müsse sich entschließen, sich entweder für einen blühenden Handel mit einem freien nationalistischen China oder für einen in der Agone befindlichen Handel mit dem feudalistischen China zu entscheiden.

Nach den letzten aus China vorliegenden Meldungen ist in Hankau und Shanghai eine bedeutende Verhügung eingetreten. Die chinesischen Behörden in Hankau haben einen Aufruf erlassen, in dem sämtliche antibritische Demonstrationen verboten werden.

Die „Wiener Neue Freie Presse“ läßt sich aus London melden, daß die Intervention Italiens im chinesischen Konflikt in London politischen Kreisen lebhaft beprobt wird. In den nächsten Tagen soll noch ein weiteres italienisches Kriegsschiff mit 1500 Soldaten nach Shanghai ablegen. Das Blatt ist der Meinung, daß Italien als Äquivalent für diese Expedition neue Kolonialgebiete erhalten werde.

Zum Appell bereit.

Posen, 9. Februar. Hier fand gestern eine Plenarversammlung der drei Wojewodschaftsvorstände des Verbandes der Aufständischen Oberschlesiens, Pommers und Großpolens statt. In dieser Versammlung wurde einstimmig festgestellt, daß der Verband in vollem Umfang die Aktion des Kriegsministers Marschalls Piłsudski zur Organisierung des polnischen Volkes zum Zwecke der Verteidigung der Grenzen der Republik unterstützt, auf dem Gebiete der militärischen Vorbereitung seiner Mitglieder mitarbeiten will und gegenüber den anderen Organisationen der militärischen Vorbereitung eine sachliche Haltung einnimmt, da er danach strebt, die Arbeiten an der militärischen Vorbereitung zu deren größter Vollkommenheit zu vereinheitlichen. Zum Schlusse entzündeten die Versammelten Huldigungstelegramme an den Staatspräsidenten und an Marshall Piłsudski.

Der Stand des Zloty am 9. Februar:

In Danzig für 100 Zloty 58.10
In Berlin für 100 Zloty 47.29
(beide Notierungen vorbörslich)
Bank Polen 1 Dollar = 8.90
In Warschau inoffiziell 1 Dollar = 8.93%.

Goskonowski Rückkehr in den aktiven Staatsdienst.

Warschau, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Gestern Zeitungsmeldungen zufolge ist der General Arzemienski mit einem speziellen Auftrage des Marshalls Piłsudski nach der Riviera abgereist, wo General Goskonowski zur Kur weilt. In politischen Kreisen verlautet, daß diese Reise mit der Rückkehr des Generals Goskonowski in den aktiven Staatsdienst im Zusammenhange steht.

Eine neue Spionageaffäre in Wilna.

Wilna, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) In Wilna ist man einer neuen Spionageaffäre argwöhnen. Sowjetische auf die SSR gekommen, die zu Verhaftungen von Militärs, Personen und Eisenbahnen führte. Im ganzen sind bis jetzt über 20 Personen verhaftet worden.

Ein bolschewistischer Generalstabsoffizier war im Herbst 1925 nach Wilna gekommen und soll hier 18 Militärpersönlichkeiten und 17 Eisenbahner durch hohe Geldbeträge für Spionagezwecke zugunsten Russlands gewonnen haben. Bei den gestrigen Haustürkungen sollen der Polizei geflohene Mobilisierungs- und Festungspläne und allerlei wichtiges statistisches Material in die Hände gefallen sein. Die Spione erstreckten sich hauptsächlich auf das Terrain des Armebezirks III Grodno. An der Spitze der Organisation stand ein gewisser Franz Piotrowski. Verhaftet wurden Leute des 3. Sapourregiments in Wilna, des Militärgerichts III in Wilna und des Fliegerregiments in Lida. Auf dem Bahnhof in Wilna wurden noch zwei sowjetische Kuriere festgenommen. Die Mitglieder der Spionageorganisationen sollen von Moskau 80 bis 150 Dollar monatlich erhalten haben.

Der Stand der Land- und Wasserwege.

Das Budget des Ministeriums für öffentliche Arbeiten im Sejm.

Warschau, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Sejmplenum setzte gestern die Einzeldiskussion über das Budget fort. Zunächst wurde über den Staatsvoranschlag des Ministeriums für öffentliche Arbeiten diskutiert. Der Referent, Abg. Posacki (Piast) tadelte den Stand der Wasser- und Landwege, den er als fatal bezeichnete. Von den 14 000 Kilometer Wasserweg seien nur 178 Kilometer schiffbar, und die im vergangenen Jahre verschiffte Warenmenge erreicht nicht einmal eine Million Tonnen. Eine Regulierung und Entwicklung des Wasserweges in Polen würde sich auf 3 Milliarden zł stellen. Der Redner ging dann auf den Kanalbau über und führte aus, daß der Bau eines Kohlenkanals, der das oberschlesische Kohlenrevier mit Warschau und der Ostsee verbinden sollte, fallen gelassen worden sei, dagegen bestehende weit größeres Interesse für den sogenannten Oskanal, der die Wojewodschaft Podlesia mit Kongresspolen verbinden und die Trockenlegung der Sumpfe in dieser Wojewodschaft bedeutend erleichtern würde, wodurch ca. 8 Millionen Hektar Land gewonnen werden würden. Zur Durchführung der Kanalprojekte und für den anderweitigen Ausbau der Wasserwege Polens müßte man eine Auslandsanleihe erhalten. Ferner müßte man stufenweise mit eigenen Kräften daran gehen.

Das Ministerium hat einen Minimalplan für die Erweiterung der Wasserwege bearbeitet, der sich auf 25 Jahre erstreckt. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 800 Millionen zł, das sind pro Jahr 24 Millionen zł. Der Stand der Landwege in Polen ist ebenfalls sehr schlecht. Während Frankreich auf 100 Quadratkilometer 105, Deutschland 49 Kilometer Wege besitzt, hat Polen nur 9 Kilometer. Für das laufende Jahr sind für den Wegebau 39 Millionen zł veranschlagt, durch die Dotierung der Selbstverwaltungen würde sich die Summe auf 70 Millionen zł steigern, d. h. 2.30 zł auf den Kopf der Bevölkerung. Polen müsse bestrebt sein, entsprechende ausländische Kredite zu erlangen für den Wegebau in einem Zeitraum von 30 Jahren. Der Redner stellte weiter die Unzulänglichkeit des Baudepartements und der Landvermessungsabteilung dar. Der Wert des Wiederaufbaus beläuft sich bis einschließlich 1926 auf 1,2 Milliarden zł.

Als erster Diskussionsredner ergriff der Abgeordnete Bryla (Christl.-Dem.) das Wort, der Klage darüber führte, daß in der Regierung in technischen Angelegenheiten vollkommene Planlosigkeit herrsche. Es soll abermals die Absicht bestehen, die Wasserwege dem Verkehrsministerium anzuteilen, andererseits will man das Verkehrsministerium wieder in ein Eisenbahnministerium umwandeln. (Zwischenruhe von rechts: Das ist das Regierungsprogramm! Und sieht dieланzhägige Tätigkeit aus!) Bryla: Auf Polisch heißt das: dreimal Kleinigkeitsträume. Der Redner erkennt an, daß der gegenwärtige Minister Morawski sich für die Verbesserung der Verhältnisse in seinem Ministerium sehr verdient gemacht habe. Er fordert, daß das größte Augenmerk auf den Landwegebau gerichtet werde. Über die ganze Weichsel stehen nur 18 Brücken. Zum Vergleich zieht er die Stadt Paris an, die allein 27 Brücken besitzt. Die Landwirtschaft verlor infolge zu schlechter Wege jährlich 400 Millionen zł. Neue Wege sollten vorläufig nicht gebaut, dagegen die bestehenden besser ausgenutzt und die begonnenen Arbeiten weiter fortgesetzt werden.

Zu diesem Budget ergriffen noch verschiedene Redner das Wort, die an die Adresse des Ministers verschiedene Klagen richteten. Dieser bat dafür jedoch nur die Antwort: „Es ist kein Geld da!“

Ausänderung in der Ostmarkenpolitik?

Die scharfe Kritik, die nach Aufdeckung der letzten Ereignisse in den Ostgebieten an der dort verfolgten Regierungspolitik geübt wurde, scheint ihre Wirkung nicht ganz verfehlt zu haben. Wie bereits das Piłsudski-Organ, der „Kurier Poranny“, voraussagte, beabsichtigt die Regierung den bisherigen, ihr von den Hyper-nationalisten suggerierten Kurs der starken Hand gegenüber den nationalen Minderheiten im Osten zu ändern und sich in nächster Zeit zu gewissen „kulturellen Konzessionen“ an Weißrussen und Ukrainer bereit zu finden. Als Beweis für diese Selbstbesinnung wird zunächst auf die Erneuerung Tadeusz Kościuszkos zum Leiter der östlichen Abteilung des Außenministeriums hingewiesen, dann aber auch nicht minder auf die Reise des Kultusministers Dobrucki nach Wilna, der die dortigen Verhältnisse kennen lernen und die zerstörten Zustände, soweit sie sein Bestreben betreffen, einer Besserung entgegenführen soll. Bekanntlich war es die Anwendung des weißrussischen und ukrainischen Schulwesens, das die Erregung und Erbitterung in den Ostgebieten derart steigerte, daß sich der Hass der dortigen Bevölkerung gegenüber der Regierung in schärfster Form entlud und zur Bildung von Organisationen führte, die man jetzt einer antifaschistischen Tätigkeit beschuldigt.

In einer Unterredung, die er einem Vertreter des „Kurier Wileński“ gewährte, erklärte der neue Kultusminister u. a.:

„Ich kam nach Wilna, um mich über die hiesigen Spezialfragen zu orientieren und die Richtlinien für das Arbeitsprogramm festzulegen, das in Zukunft abgewickelt werden soll. In einer Reihe von Konferenzen, die ich in Religion angelehen hatte, habe ich feststellen müssen, daß auf diesem Gebiete mit Rücksicht auf den Mangel entsprechender Rechtsbestimmungen noch vieles zu tun übrig bleibt. Aus der Berührung mit den Vertretern der einzelnen Bekennungsgruppen habe ich einen sehr günstigen Eindruck gewonnen. Bei der Regelung der Frage der orthodoxen Kirche wird freilich das „loyale Verhältnis“ der leitenden Behörden dieser Kirche gegenüber dem Staat in Betracht gezogen werden.“

Das wichtigste und empfindlichste Gebiet ist die Frage des weißrussischen Schulwesens. Auf diesem Gebiet muß eine grundlegende Änderung eintreten. Die weißrussische Bevölkerung hat das Recht auf Unterricht in der eigenen Sprache. Die Erledigung dieser Frage wird allerdings viel Zeit (!) und viel Arbeit erfordern. Mit den Vorarbeiten wurde bereits begonnen.

Auf dem Gebiete des Mittelschulwesens sind leider erhebliche Mängel festzustellen, besonders im Wilnaer weißrussischen Gymnasium. Dies soll um so mehr ein Ansporn sein, diesem Gebiet eine besondere Sorgfalt angemessen zu lassen. Zu berücksichtigen sind hier zwei Momente: einerseits die faktische und vollkommen begründete Notwendigkeit der weißrussischen Bevölkerung, eigene Schulen zu besuchen, andererseits die Notwendigkeit, die Schulen auf einem entsprechenden Niveau zu erhalten. Zunächst werden die Schulbehörden an die Neorganisation eines der weißrussischen (Privats-)Gymnasien herangetreten und es auf die Höhe der Ausgaben stellen, was zur Folge haben wird, daß man ihm die öffentlichen Rechte verleiht, es also den polnischen staatlichen Schulen gleichstellt. Was das Volksschulwesen anbelangt, so wird hier die unparteiische Prüfung der Wünsche der Bevölkerung maßgebend sein. Diese Wünsche wurden schon seinerzeit zum Ausdruck gebracht und müssen berücksichtigt werden. Schon jetzt wurden die Arbeiten an der Festlegung eines Programms und der Vorbereitung von Handbüchern für diese Schulen in Angriff genommen. Die Entwicklung des weißrussischen Schulwesens wird allmählich erfolgen, unter Berücksichtigung der wenigen schon bestehenden ukrainischen Schulen.

Die neuen Aufgaben werden es auch erforderlich machen, daß Persönlichkeiten berufen werden, die entsprechende Fähigkeiten werden nachweisen können. Gewisse Personalveränderungen werden sich daher nicht vermeiden lassen.“

Spät, sehr spät geht man jetzt daran, gewisse kulturelle Forderungen der Weißrussen in wohlwollende Erwägung zu ziehen. Von einer Kultur-Autonomie ist noch nicht die Rede. Geschweige denn von einer Verwaltungs-Autonomie. Glaubt man die weißrussische Bevölkerung so leicht zufrieden zu stellen? Gerade jetzt, wo ihre führenden Abgeordneten ins Gefängnis geworfen wurden und den weißrussischen Wählern als Märtyrer für die nationale Idee erscheinen müssen?

Was der Herr Kultusminister von der „Loyalität“ der orthodoxen Kirchenführer sagt, haben wir schon von seinen sämtlichen Vorgängern in ähnlichen Zusammenhängen gehört. Wir wünschten, der Herr Kultusminister hätte sich zu dem Bekennnis durchgerungen, daß auch die Loyalität der nationalen Minderheiten von Staats wegen erworben werden müßt. Wenn man endlich die mit den statistischen Tatsachen unvereinbare Ideologie vom polnischen Nationalstaat aufsehen würde, dann darf ein Minister die aufrichtige „Loyalität“ aller Nationen der Republik voraussehen.

Wir wünschten, der Herr Kultusminister setzte sich im Ministerrat für die territoriale Autonomie der slawischen Minderheiten, sowie für die Kultur-Autonomie und völlige Gleichberechtigung der anderen Völker nichtpolnischer Stammes ein. Ein wenig gehört schon dazu; denn Hass und Niedertracht schlagen hierzu lande solche Wellen, daß sie bisher noch alle international und verfassungsmäßig verbreiteten Zusagen dieser Art zerrissen haben. Aber ohne diesen Mut zur Gerechtigkeit sehen wir trübe für die Zukunft eines jungen Staates, der zwischen zwei mächtigen Volkskörpern liegt und dessen Bewohner sich an einem guten Drittel als Bürger zweiter Klasse behandelt fühlen. Selbst dann, wenn sie — was auch vorkommen soll — den Bürgern erster Klasse nach ihren wirtschaftlichen und kulturellen Leistungen überlegen sind.)

Die Weißrussen über den neuen Kurs.

Warschau, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Von dem weißrussischen Sejmklub erfährt unser Warschauer Vertreter, daß die weißrussischen Abgeordneten den eventuellen Ergebnissen der dieser Tage stattfindenden Konferenz der Sachverständigenkommission für Minderheitsfragen sehr skeptisch gegenüberstehen. Ein weißrussischer Abgeordneter erklärte, daß er an eine gerechte Berücksichtigung der kulturellen Forderungen der weißrussischen Minderheit nicht glauben könne. Das Vorgehen der Regierung durch die Verhaftung der weißrussischen Abgeordneten habe die gesamte weißrussische Bevölkerung Polens mit größtem Misstrauen erfüllt. Die Regierung könne schwerlich diejenigen gewaltigen politischen Fehler wieder gutmachen. Es liege auch übrigens gar nicht in ihrer Absicht, dies zu tun, vielmehr wolle sie unter der weißrussischen Minderheit durch kleine unbedeutende „Zugeständnisse“ Spaltung hervorrufen. Man wolle auch durch solche „Zugeständnisse“, über die die polnischen Zeitungen und Telegraphen-Agenturen mit lautm Drama berichten sollen, nur den überaus schädlichen Eindruck verwischen, den die Polizeiaktion gegen die Weißrussen im gesamten Ausland hervorgerufen hat.

Dramatischer Abschied.

Wojskowicz gibt seine Auszeichnungen zurück.

Warschau, 8. Februar. In der hiesigen Presse wird ein Brief des Abgeordneten Wojskowiczi veröffentlicht, der an die Adresse des Kriegsministers, Marschall Piłsudski, gerichtet wurde und folgenden Inhalt hat:

Herr Minister! Bei der Durchsicht meines Personalsarchivs stieß ich auf die dort schon seit drei Jahren liegenden und in Vergessenheit geratenen Kreuze und Abzeichen, die von meiner Zugehörigkeit zum polnischen Heere und zu einer Organisation zeugen, die Sie, Herr Minister, anführten. Dies sind: das Kreuz „Für treue Dienste“ der ersten Legionenbrigade, das Kreuz der 1. Korpskompanie, zwei Tapferkeitskreuze u. a. Ich bin mir dessen bewußt, daß mir diese Kreuze und Abzeichen zu einer Zeit verliehen wurden, da ich im Piłsudski-Lager war, das als Lager des völkischen Polen angesehen war, sich jetzt aber in ein Lager des Fasismus, ein Lager der Todsünde des arbeitenden Polen verändert hat. Insolgedessen stelle ich Ihnen die Auszeichnungen und Kreuze zur Verfügung. (—) Wojskowiczi.

Ein ansehnliches Vermächtnis.

Warschau, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Wie der Krakauer „Czas“ meldet, hat der frühere österreichische Minister für Galizien und Präsident des polnischen Kreises in Wien, David Abramowicz, sein gesamtes Vermögen, bestehend aus 6000 Morgen Ackerland und Wäldern, Grundstücken in Lemberg und bedeutendem Barkapital für die Errichtung einer Erziehungsanstalt für verarmte polnische Landwirksöhne bestimmt. Die Erziehungsanstalt soll in Lemberg erbaut werden. Vor allem sollen die Einkünfte in Höhe von 72 000 Zloty jährlich für die Erziehung solcher Kinder verwendet werden, deren Eltern durch die bolschewistische Revolution ruiniert worden sind. Nach Ablauf von 25 Jahren geht dieses Kapital in den Besitz des Krakauer Königsschlosses (Wawel) über. Hauptziel sollen besonders gute Bilder polnischer Maler angekauft und in der Bildergalerie des Krakauer Königsschlosses untergebracht werden. Der Bildergalerie des Wawelschlosses in Krakau hat der Verstorbene außerdem 50 000 Zloty in bar und alle seine Kunstsäcke, bestehend aus Bildern, Bronzen und Möbelstücken, testamentarisch vermacht.

Deutsches Reich.

Die Engländer wollen den Rhein verlassen.

London, 9. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Im Oberhaus erklärte Lord Salisbury auf eine Frage, ob die Rückführung der besetzten Gebiete nicht beschleunigt werden könnte, daß eine Beschlagnahme sehr zu begrüßen sei würde. Die englische Regierung werde ihre Macht und ihren Einfluß stets in dieser Richtung gestalten machen. Auch eine möglichst baldige Verringerung der Streitkräfte der ehemaligen Verbündeten und der englischen Truppen in der zweiten und dritten Zone des besetzten Gebietes würde die englische Regierung sehr gern sehen.

Kuban von den Völzken ausgeschlossen.

Von der deutschvölkischen Freiheitsbewegung wird mitgeteilt: Der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Kuban ist durch Beschluss des Ehrenhofs der deutschvölkischen Freiheitsbewegung aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er trotz dreimaliger Ladung durch Richterschein einen die Klarstellung der gegen ihn erhobenen Vorwürfe verhinderte.

Aus anderen Ländern.

Nervosität in Rumänien.

Berlin, 8. Februar. Wie die Berliner Nachtausgabe des „Tag“ meldet, hat die Wiederaufrüstung der Frage der Rückkehr des Kronprinzen Karol durch die National-Baranisten in rumänischen Regierungskreisen große Nervosität hervorgerufen. Da die Regierung scheinbar einen Staatsstreich befürchte, seien die Truppen aus dem ganzen Lande in Bukarest zusammengezogen worden.

Demgegenüber erklärt die Warschauer rumänische Gesandtschaft, daß die Lage in der rumänischen Hauptstadt vollkommen normal sei. Die Gerüchte über militärische Vorbereitungen gehörten in das Reich der Phantasie und würden von Elementen in die Welt gesetzt, die dem rumänischen Staat feindlich gesinnt seien.

Erkrankung Stalins.

Wie ein in Berlin erscheinendes Organ der russischen Sozialdemokratie berichtet, ist Stalin, der gegenwärtige Diktator Sowjetrusslands und Nachfolger Lenins, ernstlich erkrankt. Er leidet schon seit längerer Zeit an einem Magengeschwür und an Malaria. Die Erkrankung wurde aber bisher als Staatsgeheimnis behandelt. Angesichts der gespannten Lage ist der Erkrankung Stalins ernste Bedeutung beizumessen.

Opfer einer Totenfeier.

Tokio, 8. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Während der Bestattung des verstorbenen Kaisers von Japan, die erst gestern feierlich begangen wurde, wurden im Gedränge über 100 Personen verletzt, davon 5 schwer und eine Person getötet.

Landwirtschaftsbericht aus Südhommierellen

Es ist keine leichte Aufgabe, ein annähernd richtiges Bild über die Bodenerträge des vergangenen Jahres zu entwerfen, bzw. abzugeben, da verschiedenartige Wirkungsweise, teils fördernd, teils störend, strichweise mitgewirkt haben; daher kann nur ein Durchschnittsresultat angegeben werden.

Bei den Hackfrüchten — Kartoffeln und Rüben — gab es im Spätherbst verschiedene Hemmnisse und Schwierigkeiten. Schon die Kartoffelernte konnte nicht in gewohnter Weise bewältigt werden, weil das Unkraut so übersägt bei den vielen Niederschlägen — trotz eifriger Befüllungsarbeit — fortwährend üppig wuchs. Diese Verunreinigung war auch zugleich eine Hauptursache des kaum mittelmäßigen Ertrages. Dazu kam noch die übersägt große Bodenfeuchtigkeit, welche die Kartoffel auf die Dauer nicht ertragen kann. In einzelnen Gegenden gab es sogar teilweise Mäuseplagen. Auch die Zucker- und Butterrüben haben lange nicht den gewünschten Ertrag, sowohl an Masse, als auch an Güte, gezeigt. Aber auch die Ernte und Abfuhr der Erzeugnisse auf dem stark durchfeuchten Acker und die Lieferung an die Fabriken verursachten Schwierigkeiten.

Diese große Bodenfeuchtigkeit machte den Nutzen der mit Hackfrüchten bestellten gewesenen Ackerflächen fast unmöglich, obgleich er zur Frühjahrsaat fertig sein sollte. Mit der Ausfuhr des Herbstdungers war gleichfalls eine Rückständigkeit eingetreten.

Über die Ernteegebnisse der verschiedenen Getreidearten ist eigentlich wenig Neues zu berichten. Es soll nur kurz bemerkt werden, daß der Weizen im Durchschnitt eine Mittelernte ergeben hat; nur die neuen und feineren Sorten haben sich weniger hältbar erwiesen und sind durch den Rostfall im Ertrag zurückgeblieben. Der Roggen hat auf schwerem und niedriggelegtem Acker größtenteils einen schlechten Ertrag gezeigt. Das Korn ist nur mager und hat ein dunkles Aussehen. Die übersägt große Feuchtigkeit und der Kurz vor der Reife eingetretene Rost haben die magere Ernte hervorgerufen. Nur auf dem in guter Kultur stehenden leichten Boden (ehemaligen Sandacker) hat der früh gesäte — vor dem Rostfall gereiste — Roggen einen mittelmäßigen, bis guten Ertrag gezeigt.

Das Sommergetreide, Gemenge und Hafer, hat auch nicht den gehofften Erwartungen entsprochen, der Ertrag ist in den meisten Fällen nur ein mittelmäßiger. Vielfach wird über den erheblichen Mäuseshäden in den Schöbern (Getreidefesten) auf den Feldern geklagt. Diese Nagetiere haben sich in den warmen Witterungszeiten ungemein stark vermehrt.

Der Futtervorrat wird in den meisten Landwirtschaften mit gutem Kulturboden, Wiesen- und Kleefeldern, in genügender Menge vorhanden sein und somit den Rübenaussatz teilweise erleben können. Nur die Nährkraft wird der wenigen Sonnenwärme und des vielen Regens wegen als mittelmäßig anzunehmen sein. Um die Haustiere, namentlich die Milchkühe, leistungsfähig zu erhalten, wird wohl ein späterer Zukauf von Kraftfutter nötig sein.

Die wirtschaftlichen Kulturfortschritte sind — wenn überhaupt — als gering zu betrachten. Hohe Steuern, Mangel an Betriebskapital, geringer Getreideverkauf, in einigen Wirtschaften auch hohe Zölle, sind bedeutende Hemmnisse im Wirtschaftsbetriebe. Mit den notwendigen Reparaturen und Ergänzung der Acker- und Wirtschaftsgeräte sind noch recht viele Landwirte — des Geldmangels wegen rückständig. Zur Zeit sind Vieh- und Schweineverkauf, sowie Milch-, Butter- und Eierabsatz die Haupteinnahmen, von denen die notwendigen laufenden Ausgaben bestreitet werden. L.

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit aufgefordert.

Bromberg, 9. Februar.

Wettervoraussage.

Die deutschen Wetterstationen künden für Osteuropa zunehmende Bewölkung und Neigung zu Niederschlägen an.

Noch einer.

Bromberg kann sich natürlich mit Warschau gar nicht vergleichen: Die Hauptstadt ist selbstverständlich größer, hat mehr Gärten, hat Schlösser und Theater — mit einem Wort, sie ist großzügiger als Bromberg. In jeder Beziehung, wir brauchen da gar nicht an die Schlösser und Gärten denken, sondern nur an die Straßen und die Sauberkeit, die Juden und selbst an die Verbrecher. Bei uns bricht man einfach ein — in Warschau gräbt man monatelang einen Tunnel, legt elektrische Lichtleitungen in denselben an, und jetzt soll die Bank auch noch die Lichtrechnung für die Einbrecher mit bezahlen! Ganz zu schweigen von den Heiratschwindlern: Der Bromberger Gauner bringt es knapp zu drei Verlobungen — der Warschauer heiratet sich sieben mal!

Es handelt sich um einen Roland Berkiewicz, einen verschärften Handlungstreitenden, der nicht weniger als sieben hübsche, junge Frauen hatte. Er begann seine Laufbahn in Lodz mit 21 Jahren. Dort heiratete er die Tochter eines Juwelenhändlers, der ob dieser Ehe nicht außerordentlich erfreut war. Nach ausgedehnten Flitterwochen reiste der schöne Roland nach Warschau, um „eine Wohnung zu suchen“. Von hier siedelte er nach Radom über und ein Kaufmann war sehr beglückt, als er dem Warschauer Roland seine Tochter vermählen konnte. Bald waren auch hier Geld und Chemnitz verschwunden. In Lublin wurde eine junge Witwe Frau Berkiewicz Nr. 3, in Kamionka ging das vierte, in Czopów das fünfte Opfer ins Garn — natürlich immer mit ganz hübschen Summen. In Warschau aber knüpfte er daraufhin zarte Bande zu zwei hübschen Mädchen und ehelichte beide! Die siebente Frau war aber die Tochter eines Rabbiners und dem erzählte der polnische Adonis in selber Weinlaune, daß er die heutige Männerwelt gar nicht verstehen mit ihrer Abneigung gegen die Ehe. Er z. B. habe schon siebenmal geheiratet!

Und bald darauf stand Roland vor den Richtern. Seine sieben Gattinnen aber erklärten einhellig, daß sie ihm verziehen. Und da er mit allen legitim verehelicht ist, hat eine sogar verlangt, daß er jeden Tag der Woche mit einer anderen verbringe, nur solle er sie nicht verlassen. Spricht diese Abhängigkeit nicht für die menschlichen Qualitäten des armen Sünders? Ledermann im Saale war gerührt. Nur nicht der Gerichtshof, der ließ den schönen Roland auf zwei Jahre ins Gefängnis wandern. Dort wird er in Ruhe überlegen können, welche von den sieben Frauen er nach Wiedererlangung der Freiheit denn nun endgültig behalten wird.

Die Wasserbauinspektion teilt mit: Für die Dampfer, die auf dem Wege nach der Ober-Reja sind, werden die Schleusen in der Zeit vom 10. 2. bis 16. 2. geöffnet sein. Es empfiehlt sich, daß bis einschließlich letztemontag Tage die Dörfer durch die Bromberger Schleuse gebracht werden, da dieselbe dann bis zum 12. März infolge dringender Reparaturen geschlossen bleibt.

Die neue Bahnhstraße Kalisz-Podzamecz-Bromberg-Gdingen. Über die Verlängerung der genannten Strecke erfahren wir, daß der Teil Bromberg-Gdingen 180 Kilometer lang sein und insgesamt 65,6 Millionen Zloty Baukosten verursachen wird. Die neue Verbindung zwischen dem oberschlesischen Industrieviertel und der Ostsee würde dann wie folgt verlaufen: Katowitz-Kalisz-Podzamecz-Kempn-Farotschin-Bromberg-Gdingen. Projektiert ist aber ferner eine Verkürzung der Strecke, und zwar durch die Verbindung Zielonka-Inowroclaw. Dann wird die Strecke von Katowitz über Kalisz-Zielonka-Inowroclaw-Bromberg nach Gdingen verlaufen.

Der heutige Wochemarkt war sowohl von Käufern wie Verkäufern verhältnismäßig gut besucht. Besonders stark angeboten waren Butter und Eier. Zwischen 10 und 11 Uhr forderte man für Butter 2,40—2,60, für Eier 2,50 bis 2,70, für Weißkäse 0,40—0,50, für Zitronenkäse 2—2,40. Auf dem Obst- und Gemüsemarkt brachten Äpfel 0,60—1,00, Weißkohl 0,20—0,25, Rotkohl 0,25, Mohrrüben 0,15, Zwiebeln 0,35, Brüden 0,10, Rote Rüben 0,10. Der Geflügelmarkt brachte Hähne 4—6,00, Tauben 1,40—1,50. Auf dem Fleischmarkt notierte man für Schweinefleisch 1,20—1,60, Rindfleisch 1—1,80, Kalbfleisch 1,30, Hammelfleisch 0,90—1,10. Die Fischpreise waren wie folgt: Hechte 1,50—1,80, Schleie 1,80—2, Plaice 0,50, Barsch 0,80—1,00, Karpfen 2,00, grüne Heringe 0,50,

Bromberg, Donnerstag den 10. Februar 1927.

Pommerellen.

9. Februar.

Graudenz (Grudziadz).

A. Der Weichselwasserstand zeigt keine wesentliche Veränderung. Der Strom ist ziemlich eisfrei.

* Singakademie. Ihr diesjähriges Faschingfest feierte die Singakademie am Sonnabend, 5. Februar, im Gemeindehaus in Form eines eleganten Balles. Das Arrangement lag in den bewährten Händen des Architekten Gustav Meyer, dessen Sinn und Kunstmöglichkeiten für vornehme, in jeder Beziehung sehr durchdachte Ausmachung derartiger Veranstaltungen zur Genüge bekannt ist. Erfreute schon der Public des als Wintergarten ausgemachten Saales, so wirkte aber die Kaffeesatzel in bestem Sinne repräsentativ. Sie legte bestes Zeugnis für die künstlerische Feinnervigkeit ihres Urhebers ab. In einer diesbezüglichen Ausstellung hätte sie sich bestimmt eine Prämie errungen. Für eine ausgezeichnete Tanzmusik ward ebenfalls Sorge getragen und so ließ die Veranstaltung nichts mehr zu wünschen übrig. Was aber zu wünschen übrig ließ, das war der Besuch der Mitglieder selbst. Da fürchtet man sich denn vor etwas Eleganz? Der Einwand, daß kein Trac vorhanden sei, ist nicht stichhaltig, da heute ein dunkler Anzug und ein einfaches Kleid denselben Dienst tun. Die, anfänglich etwas gespreizte Stimmung löste aber bald — dank der reizenden Ausmachung — ein warmer gemütlicher Ton ab, der die Balteinnehmer in fröhlicher Stimmung bis lange nach Mitternacht zusammenhielt. Die Singakademie aber hat ein ihrem Weise entsprechend schönes Fest gefeiert, an das alle Teilnehmer gern zurückdenken werden.

f. Ein Verkehrshindernis bildet am Montag abend in der Bentzistrasse ein mit Heu beladenes Militärfahrwerk. Infolge nicht sachgemäßen Ladens stürzte die hohe Fuhrum und versperrte die Straße. Im Dunkeln mußte das Wiederbeladen vorgenommen werden.

da. Aus dem Kreise Graudenz, 8. Februar. In den letzten Jahren ist der Bestand an Federwild außerordentlich zurückgegangen. Vor dem Kriege sah man bei einer Fahrt ganze Scharen Fasanen. Die schönen Bögel waren außerordentlich zahlreich, da sie besonders von den Großgrundbesitzern gehatzt und gepflegt wurden. Im Winter, wenn Schnee und Eis die Felder bedeckten, wurden Futterstellen eingerichtet und Wildreserven angelegt. Zur Blutaufstrichung wurden auch aus anderen Gegenden Buchsfasane bezogen und ausgefegt. Schon im Kriege mußte wegen Futtermangels vielfach die Winterfütterung unterbleiben. Es fehlte auch an Forst- und Jagdführerpersönal, um Wilddiebe und Räuber aus der Vogel- und Raubtierwelt in Schach zu halten. Nach der Revolution war man machtlos gegen den Jagdstreuel. Die politische Umgestaltung brachte vielfach einen Übergang des ländlichen Besitzes in andere Hand. Die neuen Jagdberechtigten taten meist wenig oder gar nichts für die Wildvölker. Es kamen dazu anormale Wildungsverhältnisse. Es mag da manches Gesetz resultlos geblieben sein und vielfach sind die zarten Jungen infolge der ungünstigen Wildung und Krankheiten eingegangen. Auch Rebhühner sind außerordentlich selten geworden. Auf manchen Feldmarken hat man in den letzten Jahren überhaupt keine mehr bemerkt. Bei der schwierigen wirtschaftlichen Lage ist es heute den Jagdberechtigten kaum möglich, durch Einführung von Fuchsmaterial zur Blutaufstrichung und Vermehrung des Federwildes etwas zu tun.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Der Maskenball des Männergesangvereins Melodia am Sonnabend, den 12. Februar, in sämtlichen oberen Räumen des Hotels Goldener Löwe verspricht, nach den Vorbereitungen zu urteilen, ein Glanzpunkt des diesjährigen Karnevals zu werden. Da die Räumlichkeiten beschränkt sind und daher die Zahl der Gäste ebenso nur beschränkt sein kann, so empfiehlt es sich, rechtzeitig die Legitimationskarte zu besorgen, da ohne diese der EINTRITT nicht gestattet ist. (2610*)

Thorn (Toruń).

—dt. Die katholische Kirche in Mocer wird in der Lindenstraße (in der Nähe des Postleitzommissariats) erbaut werden, wo bereits mit der Aushebung des Fundaments begonnen wurde und Ziegelsteine angefahren werden. Man hatte zunächst die Absicht, die Kirche im Zentrum von Mocer zu errichten (Graudener-Ecke Bergstraße), wo man aber erst den nötigen Bauplatz neben zwei alten Wohnhäusern hätte ankaufen müssen, während in der Lindenstraße der selbe schon vorhanden ist.

* Dom Bauweise. Im vergangenen Monat erteilte der Magistrat 12 Baukonzesse — jedoch alle zur Anlage von Kanalisation und Wasserleitung — keinen zum Bau von Wohnhäusern.

+ Thorner Marktbericht. Der Dienstag-Wochenmarkt war nur mittelmäßig besucht und sehr mäßig besucht. Man notierte folgende Preise: Butter 2,40—3, Eier 3—3,50, Sahne 2—2,40 pro Liter, Hühner 4—6,00, Enten 1,50—2,00 pro Pfund, Gänse desgleichen, frische Heringe 0,50—0,60, Flechte 1,50—2, Weizkohl 0,15, Kartoffel 0,20, Grünkohl 0,10, Rosenkohl 0,90, Spinat 0,90, Mohrrüben und Rote Rüben 0,25 für 3 Pfund, Zwiebeln 0,25—0,30, Zitronen 0,15—0,20, Apfeln 0,20—0,60, Äpfel 0,50—1,20, Kartoffeln pro Bentner 5,00 zl.

—dt. Zur Freude der Radioliebhaber beabsichtigt das städtische Elektrizitätswerk, in Zukunft „Radiospargügel“ der A. G. an die Motormotoren der Straßenbahnen anzubringen, d. h. sofern die jekianen Bügel abgenutzt sind. Es handelt sich hierbei um die Bügel, welche vom Motorwagen zur Hochspannungssleitung führen. Die Umwandlung soll aus dem Grunde erfolgen, weil die jekianen Bügel den Empfang von Radiosendungen sehr beeinträchtigen durch häfliche Nebenerlöse und lautes Krachen. In fast allen Städten Deutschlands hat man schon die Straßenbahnwagen dementsprechend umgebaut.

* Aus dem Landkreise Thorn, 9. Februar. In Menschau (Mazury) mitteilte ein gewaltiges Feuer, welches die große Scheune voll ungedrostenen Getreides und allerlei landwirtschaftliche Maschinen des Landwirts Ludwika Chojnicki in Asche legte. Auch ein in der Nähe stehender großer Henschofer fiel den Flammen zum Opfer. Die Entstehungsursache des Brandes ist noch nicht ermittelt.

Vereine, Veranstaltungen ic.

besuchtes Wintervergnügen ab. — Der Sonnabend-Wochenmarkt war nur gering besucht. Es wurden nachstehende Preise gezahlt: Butter 2,50—2,75, Eier 3,80 bis 3,50, Kartoffeln (sehr wenig Angebot) 6,00, Zwiebeln 0,30, Weizkohl und Wirsing 0,15, Grünkohl 0,20, Mohrrüben 0,10, Brüden 0,10, Äpfel 0,65—1,10. Der Geflügelmarkt zeigte sehr schwaches Angebot. — Der Samstagmarkt war mittelmäßig besucht. Es macht sich eine sehr starke Preissenkung bemerkbar. Für Herkel verlangte man 35,00 bis 60,00 pro Paar, gab sie aber mit 30,00—40,00 ab. Das Geschäft mit Läusen verlor sehr schleppend, da auch die Rett schweine im Preis erheblich gesunken sind. — Die hiesige Kreiswillige Feuerwehr veranstaltete am gestrigen Sonntag im Saale des Schützenhauses am Bahnhof ihr diesjähriges Wintervergnügen, das recht gut besucht war. Zur Aufführung kam das Theaterstück „Robert und Bertram“. Das Fest endete mit einem fröhlichen Tanz, der bis zum nächsten Morgen dauerte.

* Gdingen (Gdynia), 7. Februar. Zu den größten Unannehmlichkeiten für Gdingen gehörte bisher das Feiern eines Friedhofes. Die Toten mußten bisher alle auf dem Friedhof in Olsztyn bestattet werden. Deshalb auch hat die hiesige Bevölkerung mit vollster Genugtuung die Nachricht entgegengenommen, daß die Regierung der Stadt im Walde hinter der Stadt eine Parzelle zugewiesen hat, auf der ein Friedhof schon in nächster Zeit eingerichtet werden soll. — Der Hafenverkehr ist in der letzten Zeit wieder reger geworden. Auf der Reede stehen vier Schiffe, im Hafen weitere vier Schiffe. Beide Kräne laden Kohle. Seit einigen Tagen herrscht mäßige Windstärke, so daß auch die Hafenarbeiten ununterbrochen weitergeführt werden konnten.

* Grucino, 7. Februar. Ein seltenes Gemeindefest konnte unsere evangelische Gemeinde Sonnabend, den 29. Januar, begehen, nämlich zwei goldene Hochzeiten, beide aus demselben Dorfe Malechowko. Im Beisein zahlreicher Kinder und Erwachsener und unter Teilnahme der Kirchenvertretung und fast der gesamten Gemeinde fand in der schön geschmückten Kirche die feierliche Einsegnung der beiden Paare durch Pfarrer Ceculus statt, worauf Gutsbesitzer Paulin, der stellvertretende Vorsitzende des Gemeinderats im Namen und Auftrag der Gemeinde die Doretsche Brachtibibel mit einer von Herzen kommenden und zu Herzen gehenden Ansprache beiden Jubelpaaren überreichte.

a. Schwer (Szwecie), 8. Februar. Der heute hier stattgefundenen Vieh- und Pferdemarkt hatte sich eines sehr großen Verkehrs zu erfreuen. Es waren viele hiesige und auswärtige Händler und Landleute erschienen. Es war ein großes Angebot von Pferden aller Art, nur Luxus pferde, die wohl wenig Absatz gefunden hätten, waren nicht vorhanden. Man forderte für gute Wagenpferde 600—800, für minderwertige Arbeitspferde 400—600, und geringere Tiere wurden mit 200—300 angeboten, auch wurde um solche Pferde im Preis von 100—200 gehandelt. Der Gesamtumsatz war befriedigend und verließ der Handel rege. — Auf dem Viehmarkt waren gegen hundert Kinder aufgetrieben, darunter einige sehr gute Milchkühe, für die man 500—600 verlangte. Für mittlere Kühe wurden 300—400 gefordert und alte, abgemolte wurden mit 200—300 bezahlt. Der Handel war ziemlich lebhaft.

Unsere geehrten Leser werden gebeten, bei Bestellungen und Einkäufen sowie Öfferten, welche sie auf Grund von Anzeigen in diesem Blatte machen, sich freundlich auf die „Deutsche Rundschau“ beziehen zu wollen.

Graudenz.

Seibt-Radio-

Apparate, lautstark
u. klangreich

Audion-Primär-Empfänger 21 140.
Zweiröhren-Empfänger 195.
Dreiröhren-Empfänger 259.
Vierröhren-Empfänger 570.
alle für auswechselbare Spulen.
Vierröhren-Neutrodyne-Empf. 21 900.
Fünfröhren-Empfänger einschl. Spulen u. Anschlußkabel 21 960.

Ein Wunder
der Radiotechnik

6-Röhren-Uebertransponierungs-
Empfänger mit eingedruckter
Stations-Skala, nur ein Einstell-
knopf, arbeitet ohne Hochantenne

Radio-Specialhaus

Ad. Kunisch, Grudziadz
Telefon Nr. 196 2376 Toruńska Nr. 4.

Lya Mara

und 1845

Harry Liedtke

werden ab Donnerstag, d. 10. Februar
sich dem Graudenser Publikum in
der „Försterchristel“ im
Kino Apollo vorstellen.

M. G. B. Melodia.

Sonnabend, den 12. Februar 1927
in sämtlichen oberen Räumen des Hotels
„Goldener Löwe“ großer

Maslenball

Festidee:

Ein Sonntag auf der Alm

in den der Festidee entsprechend von
Künstlerhand ausgestalteten Räumen.

Tiroler Walzerklasse, Männer-
chor mit Orchester, Tiroler
Reiter u. Schuhplattler, Tanz-
vorführungen Cabaret.

. Blasis zwei Tanzorchester

Eintritt nur gegen Einladungen, die bei
dem Unterzeichner erhältlich sind.

Hierzu werden die aktiven und passiven
Mitglieder sowie alle Freunde des deut-
schen Männergesangs und geünden
Humors herzlich eingeladen.

Alois Stuhldreher,
Sobieskiweg Nr. 6.

Sehr billig u. schmackhaft
Pfefferkuchenbruch

ohne und mit feinstem Schokoladenüberzug,
ein beliebt. und gern gekauft. Honiggebäck.
Für Kinder und Erwachsene sehr bekömmlich,
da Honigkuchen von allen Magenärzten als
das gesündeste Nahrungsmittel empfohlen
werden.

Täglich in frischer und guter Qualität gibt ab

Honigkuchenfabrik
Herrmann Thomas, Toruń
Nowy Rynek 4.

2615

Deutsche Bühne in Toruń I. z.

Die für heute (Mittwoch)
angelegte Aufführung von
„Der Meisterboxer“

fällt aus
wegen Erkrankung eines Hauptdarstellers.

Neuer Termin wird bekanntgegeben.
Geldlose Karten bleiben gültig.

2624

Ausländer über Polen.

Angeblich sind es die „bösen Deutschen“, das Volk der Polenlieder und der Befreier von der Zarenknechte, die ausgerechnet nichts Besseres zu tun haben, als eine Weltpropaganda gegen Polen ins Werk zu setzen. In Wirklichkeit zeichnet jeder Pole selbst das gute oder schlechte Bild, das „die anderen“ von ihm aufbewahren. Nachstehend eine kleine Sammlung von gut befreundeter Seite, die uns gerade der Tag auf den Schreibtisch streut:

Englischer Reisebericht aus Polen.

Warschau, 7. Februar. (Eigener Bericht.) Zwei englische Parlamentarier von der Labourparty, Sheppard und Beckett, haben dem „Internationalen Komitee für eine Amnestie in Polen“, das in Paris (!) seinen Sitz hat, einen Rapport über „den Weißen Terror in Polen“ überreicht. Diese englischen Parlamentarier haben im Herbst v. J. in Polen die Lage der politischen Gefangenen untersucht. Sie besichtigten sieben Gefängnisse, verhandelten hier mit den weisrussischen (jetzt verhafteten) Abgeordneten Miotla und Wołoszyn, mit dem jüdischen sozialistischen „Bund“, sowie mit einer anderen jüdischen Organisation und interviewten endlich den Abgeordneten Thugutt. Die polnischen Behörden und besonders die polnische Gefandtschaft in London sollen ihnen aufs höchste entgegengekommen sein!

Die Berichte der englischen Parlamentarier, die übrigens in Buchform erscheinen sollen, sind trotzdem recht unfreundlich ausfallen. Das hat den allpolnischen „Kurier Warszawski“ außerordentlich beunruhigt. In einem Leitartikel schreibt er „von den Folgen der naiven Gastfreundschaft Polens“. Die englischen Parlamentarier in Polen wollen die Wahrnehmung gemacht haben, daß „die Lage der Sträflinge in den polnischen Gefängnissen ebenso schlecht, wenn nicht gar schlechter, wie in den zaristischen Gefängnissen sei“. Die Abgeordneten appellieren nun an alle diejenigen, die die menschliche Freiheit schützen, daß sie sich der polnischen Gefangenen in Polen annehmen möchten. Der „Kurier Warszawski“ befürchtet, daß die englischen Parlamentarier sich auch für das politische Leben in Polen außerordentlich interessiert haben. Sie schreiben jetzt nämlich, daß man die Regierung nicht kritisieren dürfe. Blätter der radikalen Linken dürfen nicht erscheinen. Eine Freiheit des Wortes existiere in Polen nicht. Selbst die Rechtsozialisten dürfen keine öffentlichen Versammlungen in Polen abhalten. Dabei sei die Polizei in Polen unerhört zahlreich, sie habe sie (die Engländer) ununterbrochen beobachtet, wie sie jeden beobachtet, der es wagt, die Regierung zu kritisieren. „Unschien es“, so schreiben die Engländer, „als ob uns die Hälfte der polnischen Polizei beobachtete“. Die nationalen Minderheiten behandle man in Polen unerhört streng. Es sei ihnen nicht gestattet, kulturelle Organisationen zu schaffen (vergl. die noch immer unaufgeklärte Auflösung des Deutschumsbundes). D. R. Die Polizei unternehme Expeditionen nach den Dörfern und verhaften alle Einwohner. Man behandle nicht allein die Kommunisten sehr schlecht. Wenn in Polen Leute wie Lloyd George wohnen, so wäre es unerhört leicht, ihn kommunistischer Untrübe anzuladen für das, was er in den letzten zwölf Monaten gesagt hat. Selbst die englischen konserватiven Abgeordneten würde man kommunistischer Untrübe anklagen, wenn sie in Polen säßen. Der englische Abgeordnete Beckett protestiert gegen die Behauptung, daß in Polen ein friedlicher Geist herrsche. Von dem habe er nichts wahrgenommen. Die Lage der arbeitenden Massen sei in Polen furchtbar. Die demokratische Gesetzgebung in Polen werde gar nicht angewandt...

Der polnische Senator Kwiatkowski ist wegen dieser Ausführungen der englischen Parlamentarier begreiflicherweise empört. Er behauptet, daß alles das, was die englischen Parlamentarier niedergeschrieben haben, erlogen sei und fordert, daß man den englischen Sozialisten fortan die Tür verschließe. Zum Schluß greift der Senator den Abgeordneten Thugutt an, weil sich dieser vor den englischen Parlamentariern über die traurige Lage der politischen Gefangenen in Polen beschwert habe. Der Senator will nicht glauben, daß der Abgeordnete Thugutt die häusliche Wäsche ganz offen auf dem europäischen Markt gewaschen wolle. Kurz und gut, es ist den polnischen Nationalisten außerordentlich peinlich, daß wieder einmal einige unparteiische Parlamentarier aus dem Ausland einen Teil der innerpolitischen Situation Polens im wahren Lichte gezeigt haben.

Ein Eldorado des Dollars.

Der Fluch der polnischen Politik.

In der Saturday Evening Post, dem bedeutendsten, in Millionenauflage erscheinenden illustrierten Blatt der Vereinigten Staaten, beschäftigt sich Isaac T. Marossion in einer Artikelserie damit, Polen dem Volke der Union nahe zu bringen. Eine Propaganda groben Stils für die Wallstreet-Kapitalisten und, wie man gestehen muß, eine geschickte Propaganda, denn Marossion hat an Ort und Stelle die Verhältnisse studiert und mit maßgebenden polnischen Kreisen regen Verkehr gepflegt.

Polen, meint Marossion, sei der Wächter der Zivilisation gegen Russland, und wenn es noch nicht bestünde, müßte es erfunden werden, selbstverständlich nicht aus kulturellen und ethischen Gründen, sondern um bei seinem Bodenreichtum dem Dollar ein wertvolles Einbruchstor in Europa zu verschaffen. Der Krieg habe Polen erst wieder Amerika nahe gebracht, das als der wahre Retter Polens angesehen werde. Amerika wisse dieses Vertrauen zu schätzen, indem es Polen durch die freilich wieder in die Brüche gegangene Stabilisierung, durch die kürzlich erfolgte Anaconda-Harriman-Anleihe von 10 Millionen Dollar und dadurch, daß es 2% seiner Staatsobligationen aufgenommen habe, immer wieder die hilfreiche Hand des reichen Amerikanen hinstrecke. Freilich müsse sich das Yankee Land dafür schadlos halten und der oberösterreichische Gruben- und Minenbesitz, in den Händen der Wallstreet-Männer, reiche schon vollkommen hin, den ganzen europäischen Metallmarkt zu beherrschen. Die Standard Oil Co. hat sich Galizien zur Domäne erkoren. Hier herrsche sie in den reichen Petroleumlagern und sorge für einen enormen Absatz an amerikanischen Autos unter dem ausgepowerten Volk.

Wäre das polnische Volk arbeitsam, pflichtbewußt und unpolitisch, so wäre nach Marossion diese Einbruchsstelle für den Yankee-Dollar geradezu ein Eldorado. Leider verfügt der Pole, wie der Verfasser behauptet, diese Eigenschaften nicht. Er sei leichtfertig, verschwenderisch, korrumptiert. Und politisch bleibe Polen ein heißumstrittenes Gebiet. Obergeschleien sei ein zweites Elsass und nie würde Deutschland den Verlust dieses Landes, der alten deutschen Ordensstadt Danzig, Polens

und Westpreußen verscherzen. „Die außenpolitischen Kämpfe einerseits, die fanatische, innenpolitische Zersplitterung auf der anderen Seite lassen Polens Zukunft dunkel erscheinen. Sein Glück war durch seine ganze Geschichte hindurch seine Politik.“ Marossion ist aber dennoch hoffnungsvoll. Er sieht in Piasten die überlegende Persönlichkeit, die Polen zur Einigkeit, Macht und zu wirtschaftlichem Aufstieg zurückführen wird, sobald Kemmerers Sanierungs-Programm durchgeführt ist.

„Polnische Banditen.“

Wir lesen im „Kurier Warszawski“ Nr. 37 vom 7. Februar:

„Unter diesen und ähnlichen Titeln veröffentlichten einige französische Zeitungen seit einiger Zeit Artikel voll sensationeller Einzelheiten, mitunter mit Photographien der Helden, und einige sehr beachtenswerte Blätter haben sogar für diesen Zweck eine ständige Rubrik zur Verfügung gestellt. Neulich wurde in Frankreich eine Bande ausgehoben, zusammengesetzt aus einigen zehn Räubern, die eine Reihe von bewaffneten Überfällen, Raubzügen und Morden begangen hat. Der Führer dieser Bande war ein gewisser Bincus, der in den Artikeln einfach „le chef des Polonais“ (s. B. „Le Journal“ vom 13. Januar) genannt wurde. Ob die aufgegriffenen Banden der polnischen Nationalität angehören, ist aus den verdrehten Namen schwer zu beurteilen. Charakteristisch (!) ist jedoch die Tatsache, daß einer dieser „Polen“ nach Berlin geflohen ist, und Deutschland seine Auslieferung abgelehnt hat.“ —

Natürlich sind alle diese „edlen Polen“ verkappte Deutschen. Wie könnte es auch anders sein? Die abgelehrte Auslieferung freiheitlich darf sich ganz einfach dadurch erklären, daß es sich um einen preußischen Staatsangehörigen polnischen Stammes handelt, den die deutschen Justizbehörden selbst abzurütteln haben.

Der „Kurier Warszawski“, der wie andere angeblich „christliche“ Blätter in Polen mit seinen Entnationalisierungs-, Liquidierungs- und ähnlichen Themen das polnische Volk öffentlich zum Kampf freiem Eigentums erzieht (der Zweck heiligt niemals die Mittel!) fährt in seinem Bericht also fort:

„Die Ausgreifung der Banditen hat den französischen Blättern Veranlassung zu Bemerkungen allgemeiner Natur gegeben. Eines davon („Le Journal“ vom 12. Januar) behauptet, daß etwa 20 000 Polen in den letzten Jahren durch die französischen Gerichte wegen Banditentums oder Diebstahls verurteilt wurden. Nimmt man sogar diese Zahl als 10 mal übertrieben an, so muß uns immerhin die Zahl der Personen, die wegen Vergehens verurteilt werden, und seien es auch nicht Polen, aber Deutschen, die sich mit polnischen Pässen in Frankreich aufzuhalten, mit Sicherheit erfüllen. Die Verallgemeinerung, die auf diesem Gebiet von einem übrigens nicht großen Bruchteil der französischen Presse beliebt wird, muß einen peinlichen Eindruck auslösen. In einer Zeit des Stillstandes des Wirtschaftslebens halten vielleicht Kreise die polnischen Arbeiter, etwa eine halbe Million an der Zahl, die sich in Frankreich aufzuhalten, für einen unangenehmen Ballast. Im Zusammenhang damit steigt in uns der Verdacht auf, daß gewisse uns nicht wohl gesinnte Elemente, die freilich nicht den Ausdruck der französischen Meinung darstellen, einen Vorwand zur Ausweisung der polnischen Arbeiter zu finden wünschen, um diesen polnischen Ballast loszuwerden. Daher haben sie auch die These aufgestellt, daß jeder 25. Pole ein Bandit oder Spießhüter ist. Warum auch nicht? In Polen will man die Deutschen, die dieses ihnen altangestammte Land nur beschönkt haben, um der Ausweisung willen doch auch zu Spießhütern stempeln!“

Nichtsdestoweniger ist es Tatsache, daß, wenn auch nicht Behauptende, wie die Pariser Blätter wissen wollen, so doch jedenfalls Hunderte von unsauberer Elementen, unter denen sich nach diesen Zeitungen eine Menge von in Polen wiederholt bestraften Personen befindet, auf Pässen nach Frankreich gekommen sind, die von polnischen Behörden ausgestellt worden waren. Keist ein ehrbarer Bürger notgedrungen ins Ausland, so verlangt man von ihm Gott weiß welche Beweise und Bescheinigungen, nicht einmal den Haussverbot ausgeschlossen, der hierbei eigentlich nichts zu sagen hätte. Offenbar werden für Diebe und Banditen alle Geleichterungen gemacht, wenn schon soviel nach Frankreich hinzüberkommen könnten.“ —

Über die Tätigkeit der berüchtigten Bande des 26-jährigen Benczuk, der unter dem Namen „Bladek“ bekannt war und oben vom „Kurier Warszawski“ erwähnt wird, erfahren polnische Blätter von ihren Pariser Korrespondenten noch folgende Einzelheiten:

Die Bande hatte ihren Sitz im St. Pauli-Viertel in Paris. Bladek wurde im Mai 1925 in Brüssel verhaftet. Vorher gelang es, einige seiner Helfershelfer zu entkommen. Einige Verbrecher vermochten zu flüchten, darunter einer der gefährlichsten Banditen, namens Broksda. Die Bande wurde durch die Verhaftung von sechs Polen entdeckt, die Ende Januar 1925 eine Farmbesitzerin in Chalons ermordeten. Die Verhafteten erklärten bei ihrer Vernehmung, daß Bladek und Broksda sie zu den Verbrechen angestiftet hätten. Aus den weiteren Vernehmungen ergab sich, daß eine große Bande bestand, deren Mitglieder vier Raubmorde, zwei Tötungen, fünf Mordanschläge und über 50 Einbrüche verübt haben. Zunächst wurden 54 Personen beschuldigt. Man verhaftete 46; 18, denen man keine Schuld nachweisen konnte, mußten wieder freigelassen werden. Gegen 22 Mitglieder der Bande ist jetzt die Anklage erhoben worden, deren Verhandlung voraussichtlich im April stattfinden dürfte. Acht Angeklagten droht die Todesstrafe.

Der „Gaz“ bringt eine anschauliche Schilderung über die schwierige Lage der polnischen Auswanderer in Frankreich. Infolge der Arbeitslosigkeit in Frankreich sei es den polnischen Auswanderern sehr schwer, Arbeit zu finden. Sie müssen oft Tage und Wochen umherwandern, viele lungerten schließlich auf den Bahnhöfen und Straßen umher, oder suchten Zuflucht in kleinen berüchtigten jüdischen Hotels in St. Paul, und schließlich werde die Not zum schlechten Verater. Die Chronik der französischen Blätter „Les Bandits Polonais“ sei im Wachsen begriffen.

Ein Liebesdienst unter „Freunden“.

Das sterbende Frankreich.

Den „Münchener Neuesten Nachrichten“ wird aus Paris geschrieben:

„Unser Volk ist bedroht. Unser jetziger Geburtenüberschuß wird sich in kurzer Zeit in ein Defizit verwandeln, das sich von Jahr zu Jahr vergrößern wird.“

Diese grausame Wahrheit mögte in der letzten Kammerdebatte im November über das Budget des Arbeitsministeriums, dem auch die soziale Fürsorge angehört, vom offiziellen Berichterstatter M. Vandry, einer Kapazität auf diesem Gebiete, zugegeben werden.

Er deckte damit die wundeste Stelle des französischen Staates auf, den Geburtenrückgang, das langsame Sterben eines Volkes.

Das Kapitel „Geburtenrückgang in Frankreich“ wurde schon oft und ausführlich behandelt. Man hat alles darüber gesagt und geschrieben. Nur eins nicht: daß das Übel nicht still steht, sondern sich immer mehr und mehr verschärft.

Ich habe die amtlichen Statistiken 1920 bis 1926 (erstes Halbjahr) des Ministeriums für soziale Fürsorge vor mir. Aus dem umfangreichen Zahlensmaterial greife ich nur die beiden in meinen Augen wichtigsten Gruppen heraus: Geburtenüberschuss (die Vitalitätsziffer einer Nation).

Geschlechter:

Jahr	Im ganzen	pro 10 000 Einw.
1920	623 869	318
1921	456 221	238
1922	388 220	195
1923	356 501	182
1924	355 920	182
1925	353 167	180
1926 (1. Halbj.)	173 338	89

Geburtenüberschuss:

Jahr	Im ganzen	pro 10 000 Einw.
1920	159 790	41
1921	117 023	30
1922	70 579	18
1923	94 871	24
1924	72 216	19
1925	60 064	15
1926 (1. Halbj.)	26 952	6,5

Diese Ziffern zeigen zur Genüge den jähren Abstieg. Das Jahr 1926 wird unter Zugrundelegung der für das erste Halbjahr vorliegenden Ziffern mit 50 Prozent gegenüber 1920 für die Geschlechter eine Abnahme von ca. 45 Prozent zeigen. Für den Geburtenüberschuss sogar von 60 Prozent. Von welcher volkswirtschaftlichen, ja, politischen Bedeutung diese nackten Tatsachen sind, welchen Einfluß sie auf die sogenannte „höhe Politik“ haben können, geht aus den Pressekommentaren hierzu hervor, die sich je nach Farbe und Richtung eingehend damit befassen.

So schreibt u. a. Léon Bally im „Intransigeant“: „Diese Ziffern sind nicht geheim. Sie werden in Frankreich ebenso gelesen, wie im Auslande. Und wir können uns vorstellen, mit welchem Vergnügen diese Ziffern in Deutschland gelesen werden, in demselben Deutschland, dessen Bevölkerungsziffer stetig zunimmt, und das in einigen Jahren 80 Millionen Körper gegen 30 Millionen bei uns erreicht haben wird.“

Man kann in Genf oder anderswo Verträge zeichnen, soviel man will, man kann von dem schönsten „Weltfrieden“ träumen, soviel man will, das ändert nichts an dem vorarlischen und materiellen Unterschiede, der zwischen zwei Völkern besteht, die dasselbe Bedürfnis zum Essen haben und von denen das eine auf einem Gebiete von 472 000 Quadratkilometern 80 Millionen Menschen zu ernähren hat, während das andere auf üppigem und höchst ertragreichem Gebiete von nahezu derselben Größe nur 80 Millionen zu ernähren hat.

Dazu kommt, daß wir noch alle unsere Kolonien bewahrt haben, wohin wir höchstens „Funktionäre“ exportieren können, wogegen wir Herrn Lloyd George zu lieben durch den Friedensvertrag Deutschland mit seinem ständig wachsenden Menschenmaterial in seinen europäischen Käfig eingesperrt haben.“

Moralischer Unterschied. Das ist wohl der Hauptfaktor des ganzen Problems. Frankreich mangelt der Sinn für das Kind und der Sinn für die „Kinderere“ mit ihren Sorgen und Pflichten.

Was helfen dagegen alle Prämien für kinderreiche Familien, was nützen alle Unterstützungen und Hilfen für Familienväter mit mehr als drei Kindern usw., die der Staat als Ansporn ausschreibt und gibt. Klarende und vorurteilsfreie Persönlichkeiten sehen dies auch ein und geben es zu. So sagte der Deputierte M. Duval Arnould, einer der besten Kämpfer der Liga gegen den Geburtenrückgang, in einem Interview: „Das Problem des Geburtenrückgangs ist vor allem ein Problem der Moral und kann solange nicht gelöst werden, solange die Franzosen und vor allem die Französinnen nicht den Sinn für die Familiengesetzten widergesunden haben, die Liebe zu den Kindern, die den Berggeist auf das eigene Kind, den Geist der Entzagung und des Opfers zur Voraussetzung hat.“

Und das ist eben nicht der Fall.

Während Deutschland im Jahre 1925 einen Geburtenüberschuss von 540 000 aufweist, ist derselbe in Frankreich im selben Jahre auf 60 000 gefallen. Kein anderes Land zeigt einen ähnlichen Rückgang. England hat für 1925 einen Überschuss von 275 000, Italien von 470 000.

Der staatliche Berichterstatter muß zugeben, daß „die Sicherheit Frankreichs bedroht ist“ und „mit der Abnahme des Nachwuchses, besonders des „geistigen“, auch der Einfluß Frankreichs auf geistigem Gebiete immer mehr und mehr schwindet.“

Es ist ein trauriges Ergebnis. Es wird ein furchtbares Erwachen geben, wenn diese Zahlen einmal ernstlich und ohne Verdunkelung und Verschleierung dem Volke bekannt werden. Denn dunkel fühlt sich heute das breite Volk die Besorgnis, die Bedrohung und Gefahr vor dem durch seine physische und moralische Kraft gigantisch wachsenden Deutschland, genährt durch das Bewußtsein der eigenen Unfruchtbarkeit.

Und das ist meiner Ansicht nach einer der Hauptfaktoren der steten Angst vor Deutschland, daß „Jünger-Niederdrücke-Wollen“ des gebürtigen Nachbars, der trotz aller Bedrängnis und Not immer stärker wird, und wir erinnern uns an die Worte Clemenceaus: „Es sind 20 Millionen Deutsche zu viel auf der Welt.“ E. S.

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant,

im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

Frauenrede.

VI.

Die neue Ministerialverordnung über die Schulvorstände.

(Rada szkolna miejsca.)

Von Paul Dobermann.

I. Zusammensetzung.

Actives und passives Wahlrecht.

Das Gesetz vom 4. Juni 1920 über die vorläufige Verfassung der Schulbehörden bestimmt in Art. 7, daß für das ehemals österreichische und ehemals preußische Teilgebiet die Zusammensetzung und der Wirkungskreis der Schulbehörden und Selbstverwaltungsgremien durch eine Ministerialverordnung festgesetzt werden sollte.

Daraufhin ist zunächst im § 20 der Ministerialverordnung vom 26. Januar 1921 betr. die vorläufige Organisation der Schulbehörden im ehemals preußischen Teilgebiet bestimmt worden, daß die bisherigen Schulvorstände mit dem alten Personenstande und der alten Tätigkeitsbefugnis mit Ausnahme des Einpruchsrechts bei Belebung der Lehrerstellen bleiben sollen unter Aenderung des Namens in Rada szkolna miejsca (Ortschulrat).

Nun ist eine neue Verordnung des Unterrichtsministers vom 27. 10. 1926 über die Rada szkolne miejsca (Schulvorstände - Ortschulräte) auf dem Gebiete der Wojewodschaft Posen und Pommerellen herausgekommen.

Die Bestimmungen dieser Verordnung weichen von den bisherigen teilweise wesentlich ab. Das ist durch die neue Verwaltungstechnik bedingt, die sich aus den neuen Schulbezirken (odwodz szkolny) auf Grund des Schulunterhaltungsgesetzes vom 17. 2. 22 ergibt.

Wie die Wahrnehmung der deutschen Schulbelange mit dem Inkrafttreten des Schulunterhaltungsgesetzes vom 17. 2. 22 bzw. der Novelle vom 25. 11. 25 schwieriger wurde, so noch mehr durch die neue Ministerialverordnung über die Schulvorstände.

Es sollen nun einige besonders wichtig scheinende Bestimmungen besonders betrachtet werden.

§ 2 sagt: "Den Sitz des Ortschulvorstandes bestimmt der Kurator des Schulbezirks."

Der Ortschulvorstand ist ein und derselbe für alle Schulen ohne Unterschied des Bekennnisses und der Nationalität der Bevölkerung, für welche diese Schulen bestimmt sind."

Die Bestimmung hat also folgende nachteilige Bedeutung für die Deutschen: In den Orten bzw. Schulbezirken (odwodz szkolne), in denen sich ein deutscher und ein polnischer Unterrichtsbetrieb (entweder in einem oder in zwei Gebäuden) befindet, ist für beide (oder mehrere) nur ein Schulvorstand zu wählen, während bisher der deutsche Unterrichtsbetrieb (Schule) einen besonderen deutschen Schulvorstand hatte.

Der Sitz des Schulvorstandes wird wohl grundsätzlich die Gemeinde oder der Gutsbezirk sein, in deren Bereich sich die Schule befindet, aber der Kurator kann ihn auf Grund des Gutachtens des Kreisschulrats auch wo anders hin verlegen. Anzunehmen, daß Dorf A, das überwiegend deutsch bevölkert ist, aber wenig Kinder hat und das Dorf B, das nur polnisch ist, beiden einen Schulbezirk und die Schule liegt in dem deutschen Dorfe A. Es wird dann aller Wahrscheinlichkeit nach nicht das deutsche Dorf A, sondern das polnische Dorf B zum Sitz des Schulvorstandes bestimmt werden. Dasselbe gilt, wenn statt des deutschen Dorfes A ein deutsches Gut A und statt des polnischen Dorfes B ein polnisches Gut B in Frage käme.

Daß man den Sitz des Schulvorstandes nach den vorstehend angegebenen nationalen Gesichtspunkten bestimmen wird, erhellt auch ohne weiteres aus Abs. 2 des § 3, wo es heißt, daß zum Schulvorstand eo ipso gehört „der Schulz des Dorfes oder der Vorsteher des Gutes, welches der Sitz des Ortschulvorstandes sein soll.“

Es ist wohl klar, daß man in den vorstehend angekommenen Fällen nicht den deutschen Schulzen (soweit es einen solchen noch gibt) oder den deutschen Gutsvorsteher wird im Schulvorstande haben wollen, also den Sitz des Schulvorstandes nicht ins deutsche Dorf oder Gut legen wird.

Der Vorsteher eines Gutsbezirks hat nach § 4 das Recht, sich im Schulvorstande durch eine von ihm genannte Person vertreten zu lassen. Diese Person muß die Bestätigung des Schulinspektors haben. In der Regel ist der Besitzer des Gutes der Gutsvorstand (nach § 124 der Landgemeindeordnung). Sofern der Besitzer die Gutsverwaltung nicht persönlich führt, sondern einer anderen Person überträgt, bzw. wenn die Verwaltungsbehörden eine andere Person ernannt haben, so ist diese Person Gutsvorsteher. Der Gutsvorsteher kann in jedem Fall einen Stellvertreter haben. Sowohl der Gutsvorsteher, als auch der Stellvertreter werden nach § 125 der Landgemeindeordnung vom Landrat (Starosten) bestätigt. Solche Stellvertreter, die schon vom Starosten als Gutsvorsteherstellvertreter schlechthin bestätigt sind, brauchen keine besondere Bestätigung des Kreisschulinspektors für die Mitwirkung im Schulvorstande. Wenn aber der Gutsvorsteher einem anderen als seinem vom Starosten bestätigten allgemeinen Stellvertreter die Stellvertretung im Schulvorstande überträgt, so bedarf dieser der Bestätigung des Schulinspektors.

Zum Schulvorstand gehört nach § 3 Abs. 3 der vom Schulinspektor ernannte Lehrer bzw. Schulleiter im Gebiete des Schulbezirks. Es ist wohl klar, daß die Ernennung immer auf den Leiter der polnischen Schule fallen wird, falls ein polnischer und ein deutscher im Schulbezirk vorhanden ist.

Nach 4a) gehören zum Schulvorstande drei Vertreter der Bevölkerung, „falls die Tätigkeit des Schulvorstandes sich auf ein Gebiet erstreckt, das nur ein Dorf (Gemeinde) umfaßt.“

Erstreckt sich die Tätigkeit des Schulvorstandes auf mehrere Dörfer und Gutsbezirke, oder Teile mehrerer Dörfer und Gutsbezirke, so kommen auf die Gemeinde oder den Gutsbezirk, wo der Sitz des Schulvorstandes ist, zwei Vertreter, je ein Vertreter auf die Gemeinde- und Gutsbezirke, die außerdem noch ganz oder teilweise zum Tätigkeitsbereich des Schulvorstandes gehören.

Im Sinne des Art. 5 des Gesetzes vom 17. 2. 22 und der Ausführungsbestimmungen der Ministerialverordnung vom 23. 4. 23 können Teile der Gemeinde einerseits geographische Teile (also Ausbauten, Teile langgestreckter oder verstreuter Gemeinden usw.) sein, aber zweifellos auch Teile der Bevölkerung, „für die die Schule bestimmt ist“, also z. B. die evangelischen Hausväter der Dörfer, deren Kinder in die evangelische Schule in B gehen.

Für die Verteilung der wählbaren Schulvorstände würden sich also folgende Bilder ergeben:

I. Im Dorfe oder Gute A liegt eine Schule. In diese Schule gehen außer den gesamten Kindern aus A (ohne Rücksicht auf die Nationalität) auch die Kinder aus der westlichen Hälfte des Dorfes B und die Kinder der Ausbauten von C. Die zu wählenden Schulvorstandsmitglieder müssen sich also folgendermaßen verteilen: aus A zwei, aus B ein und aus C ein Mitglied.

II. Bild: Im Dorfe oder Gute A liegt eine Schule mit deutscher Unterrichtssprache. In diese gehen auch noch die deutschen Kinder aus B und C. Die in Frage stehenden Schulvorstandsmitglieder verteilen sich nun logischerweise wie in Bild I, also aus Dorf oder Gut A zwei, aus Dorf oder Gut B ein, aus Dorf C ein Mitglied.

Aus dem Wortlaut des § 4b kann man nicht schließen, daß bei den in Bild I und Bild II geschilderten Fällen die

deutschen Hausväter als Schulvorstandsmitglieder berücksichtigt werden müssen. Selbst für Bild II kann man nur sagen, daß das Dorf A, das Dorf B und das Dorf C berücksichtigt werden müssen, nicht aber die Deutschen des Dorfes A, B und C. Mit der Vertretung der nationalen und religiösen Minderheiten im Schulvorstande befaßt sich deshalb noch der § 8 im besonderen. Es heißt dort:

"Wenn auf dem Gebiete, auf das sich die Tätigkeit des Ortschulvorstandes erstreckt, sich eine besondere oder eine paritätische Schule für die nationalen und religiösen Minderheiten befindet, soll, wenn möglich, ein Teil der Schulvorstandsmitglieder aus der Mitte der Personen gewählt werden, die den nationalen (religiösen) Minderheiten angehören, und zwar in einem für jeden Fall vom Kreisschulrat bestimmten Verhältnis."

Diese Bestimmung hätte nur dann einen unbedingten Wert für die Minderheit, wenn sie nicht auf einem "Wenn möglich", sondern auf einem "Muß" aufgebaut wäre und wenn das Verhältnis nicht dem Ermessens des "demokratischen" Kreisschulrats aufräumt gegeben wäre. Das Verhältnis der Zahl der Vertreter der Minderheit zur Zahl der Polen müßte entweder durch die Zahl der Hausväter oder durch die Zahl der Kinder bestimmt sein. Dann wäre das eine Bestimmung, die für uns Wert haben könnte. Von dem Kreisschulrat, in dem kaum ein deutscher Einfluss geltend sein wird, ist nicht zu erwarten, daß er ein Interesse daran hat, dafür zu sorgen, daß die Minderheit in den Schulvorständen entsprechend vertreten ist.

Eine ganz neue Bestimmung ist, daß der Vorsitzende (Abs. 1, § 3) des Ortschulvorstandes eine besondere Person ist, die der Kreisschulinspektor ernannt. Nach dem letzten Teil des Abs. b) des § 3 „kann der Kreisschulinspektor den Vorsitz im Einverständnis mit dem Kurator übernehmen, falls sich unter den Bewohnern des Schulbezirks keine entsprechende Person findet. Die dauernde Übernahme des Vorsitzes durch den Kreisschulinspektor ist ohne Einwilligung des Kurators unzulässig“.

Diese Bestimmung bedeutet einerseits eine Einschränkung der Befugnisse des Kreisschulinspektors, der bisher an Stelle der aufgehobenen Ortschulinspektion) so ipso Vorsitzender sein konnte. Andererseits ist durch Ernennung eines besonderen Vorsitzenden durch den Kreisschulinspektor gewährleistet, daß keine Person (auch kein Gemeindeworsteher) Vorsitzender wird, die nicht erwarten läßt, daß sie den behördlichen Tendenzen in allem entsprechen werde. Für Deutsche ist die Würde eines Schulvorstandsvorsitzenden wohl dann nicht zu verlangen!

Die Wahl der Schulvorstandsmitglieder (nach § 6) geschieht in den Landgemeinden von den Gemeinderäten (Gemeindevertretern), bei Gemeinden, wo es solche nicht gibt, durch die Gemeindeversammlung. Auf den Schulbezirken haben das aktive Wahlrecht die Personen, die den Vorschriften des passiven Wahlrechts nach § 7 entsprechen.

Die Bestimmungen des § 7 über das passive Wahlrecht sind folgende:

"Als Mitglied des Ortschulvorstandes (§ 8 Pkt. 4a und b und § 5 Pkt. d) kann gewählt werden jeder Bürger des polnischen Staates, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, welcher

- das 20. Lebensjahr beendet hat,
- am Tage der Bekanntmachung der Wahlen wenigstens ein Jahr im Schulbezirk wohnhaft ist, auf den sich die Tätigkeit des Schulvorstandes erstreckt,
- die vollen bürgerlichen Rechte besitzt,
- sich nicht unter Vormundschaft oder Kuratel (Konkurs) befindet,
- genügend die polnische Sprache beherrscht."

Ganz ungerechtfertigt und hart erscheint vom Standpunkt der Minderheit die Bestimmung, daß eine "genügende Beherrschung" der polnischen Sprache als Voraussetzung für das passive Wahlrecht verlangt wird.

Dadurch, daß dieser § 7 auch als Grundlage für das aktive Wahlrecht der Bewohner des Gutsbezirkes benutzt wird, werden die nur deutschsprechenden Gutsarbeiter und Gutsangestellten, ja, in manchen Fällen sogar der Gutsbesitzer, ihres aktiven Wahlrechts entblößt.

Nach dem bisher Gesagten ist ersichtlich, daß erstens durch die besonderen Ernennungsbefugnisse des Kreisschulinspektors (als staatliches Organs) das Selbstverwaltungsprinzip als solches stark beschützt ist, und daß zweitens infolgedessen, sowie infolge besonderer Sprachenbestimmungen und Ermessensbefugnisse der demokratischen Kreisschulräte nicht zu erwarten ist, daß ein deutscher Einfluß in den Schulvorständen zur Geltung kommt.

In einem zweiten Aufsatz sind der Wahlmodus und das Tätigkeitsgebiet der Schulvorstände zu betrachten.

Ich lasse nun noch den Wortlaut der beprochenen Paragraphen von 1-8 im Zusammenhang folgen. Es wird gut sein, wenn die Leser diese sowohl als den ganzen Aufsatz ausschneiden und aufheben, um im gegebenen Falle eine Bewertung zu haben:

§ 1. In jeder Land- oder Stadtgemeinde, welche wenigstens eine öffentliche Volkschule besitzt, sowie auf jedem solchen Schulbezirk wird ein Ortschulvorstand gebildet, als ein Schulgemeinde selbstverwaltungsgremien.

Die Tätigkeit des Ortschulvorstandes erstreckt sich über das Territorium einer Gemeinde (Gutsbezirk), wenn diese Gemeinde (bzw. der Gutsbezirk) selbst die Schule unterhält, falls sich aber an der Unterhaltung der Schule andere Gemeinden oder deren Teile beteiligen (Art. 5 des Gesetzes vom 17. Februar 1922, im Wortlaut gegeben in Art. 2 des Gesetzes vom 25. November 1925 (D. U. N. P. Nr. 120, Pol. 898), so erstreckt sich die Tätigkeit des Schulvorstandes auch auf diese anderen Gemeinden (Gutsbezirke) bzw. deren Teile.

§ 2. Den Sitz des Ortschulvorstandes bestimmt der Kurator des Schulbezirks (vgl. § 1).

Der Ortschulvorstand ist ein und derselbe für alle Schulen ohne Unterschied des Bekennnisses und der Nationalität der Bevölkerung, für welche diese Schulen bestimmt sind.

Der Sitz des Ortschulvorstandes wird im Prinzip die Gemeinde oder der Gutsbezirk sein, in deren Bereich sich die Schule befindet oder gegründet werden soll. (Art. 5 des Gesetzes über Gründung und Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen.)

§ 3. Der Ortschulvorstand in der Landgemeinde (Gutsbezirk) besteht:

- Aus dem Vorsitzenden, ernannt durch den Schulinspektor aus der Mitte der Bewohner, wohnhaft auf dem Gebiete, auf welches sich die Tätigkeit des Vorstandes erstreckt;
- aus dem Schulzen oder Vorsteher des Gutsbezirksgebietes des Ortschulvorstandes ist;
- aus dem Lehrer bzw. Schulleiter der öffentlichen Volksschule auf dem betreffenden Gebiete, welcher durch den Schulinspektor bestimmt wird;
- a) aus drei Vertretern der Bewohner der Gemeinde (Gutsbezirk), falls das Gebiet, auf welches sich die Tätigkeit des Ortschulvorstandes erstreckt, nur eine Gemeinde oder einen Gutsbezirk umfaßt;
- b) aus zwei Vertretern der Bewohner der Gemeinde (oder des Gutsbezirks), welche der Sitz des Ortschulvorstandes sein sollen, und je einem Vertreter der Bevölkerung aus den übrigen Gemeinden (Gutsbezirken), auf die sich die Tätigkeit des Ortschulvorstandes ganz oder zum Teil erstreckt.

Falls unter den Bewohnern des Schulbezirks sich keine entsprechende Person findet, so kann mit Einverständnis des Kurators den kündigen Vorsitz der Schulinspektor übernehmen.

§ 4. Der Vorsitzender eines Gutsbezirkes, welcher von Amts wegen, im Sinne des Punktes 2, § 8, zum Ortschulvorstand gehört, hat das Recht, seine persönliche Vertretung im Ortschulvorstand einer anderen Person zu übertragen. Diese Person muß die Bestätigung des Schulinspektors haben, falls sie nicht durch den Starosten, als Vertreter des Gutsbezirksvorstandes, bestätigt ist.

§ 5. Der Ortschulvorstand in den Städten setzt sich zusammen:

- Aus dem Vorsitzenden, ernannt aus der Mitte der Stadtbewohner, und zwar in Kreisstädten und in Städten mit mehr als 5000 Einwohnern durch den Kurator des Schulbezirks, in anderen Städten durch den Schulinspektor;
- aus dem Bürgermeister, bzw. einem Magistratsmitglied, welches für die Dauer vom Bürgermeister delegiert ist;
- aus zwei Lehrern, welche durch den Schulinspektor bestimmt sind;
- aus vier Vertretern der Stadtbewohner.

§ 6. Die Vertreter der Bevölkerung für den Ortschulvorstand werden gewählt:

- In den Landgemeinden von den Gemeinderäten, und wo es solche nicht gibt, von den Gemeindeversammlungen;
- in den Stadtgemeinden von den Stadtverordnetenversammlungen;
- auf den Gutsbezirken von den Bewohnern dieser Bezirke, welche den Bedingungen des § 7 entsprechen.

Die Wahlten unter a und b werden ausgeführt auf die Einberufung des Schulinspektors.

§ 7. Als Mitglied des Ortschulvorstandes (§ 8, Punkt 4a, und § 5, Punkt d) kann gewählt werden jeder Bürger des polnischen Staates, ohne Rücksicht auf das Geschlecht, welcher

- das 20. Lebensjahr beendet hat,
- am Tage der Bekanntmachung der Wahlen wenigstens ein Jahr im Schulbezirk wohnhaft ist, auf den sich die Tätigkeit des Schulvorstandes erstreckt,
- die vollen bürgerlichen Rechte besitzt,
- sich nicht unter Vormundschaft oder Kuratel (Konkurs) befindet,
- genügend die polnische Sprache beherrscht.

§ 8. Wenn auf dem Gebiete, auf das sich die Tätigkeit des Schulvorstandes erstreckt, eine besondere oder eine paritätische Schule für die nationalen und religiösen Minderheiten sich befindet, soll man einen Teil der Vertreter der Bevölkerung in den Ortschulvorstand wählen, wenn möglich aus der Mitte der Personen, die zu den nationalen, religiösen Minderheiten gehören, in einem für jeden durch den Kreisschulrat bestimmten Verhältnis.

Ein 75jähriges Landwirte-Jubiläum in Danzig.

Der 6. Februar d. J. ist ein Gedenktag der alten westpreußischen Landwirtschaft, da vor 75 Jahren, am 6. Februar 1852, der Danziger landwirtschaftliche Verein zu Braust gegründet wurde, der im Jahre 1872 nach seiner Tagungsstätte den Namen "Landwirtschaftlicher Verein Straßin" annahm und dann in den 1890er Jahren seinen Sitz nach Danzig verlegte. Der Jubiläumsverein, der bis zur Auflösung der Provinz Westpreußen im Jahre 1920 der Westpreußischen Landwirtschaftskammer in Danzig angeschlossen war, nahm eine führende Stelle unter den landwirtschaftlichen Vereinen Westpreußens ein, da in ihm die hervorragendsten Landwirte der Provinz, beider Regierungsbürokratie Danzig und Marienwerder vereinigt waren. Heute hat der rund 200 Mitglieder zählende Jubiläumsverein eine gleiche führende Stelle unter den landwirtschaftlichen Vereinen der Freien Stadt Danzig. Der Gedenktag seines 75jährigen Bestehens gab den in ihm vereinigten Landwirten Veranlassung zu einer Feier in Danzig, an der im Rahmen des Mitgliederkreises auch eine große Zahl von Landwirten aus Teilen der ehemaligen Provinz Westpreußen teilnahmen.

Vorsitzender des "Landwirtschaftlichen Vereins Straßin" ist seit 1909 der Oberamtmann Erich Bieler in Bankau, Kreis Danziger Höhe. Schon dessen Vater, der Amtsrat Arthur Bieler, der zu den angesehensten Landwirten Westpreußens gehörte, stand lange Jahre in der Leitung des Vereins, bis er, über 90 Jahre alt, im Jahre 1907 hinging, nachdem er im Jahre 1902 als 85jähriger Senior der Landwirte seiner Heimat das Gedenken des 50jährigen Bestehens des Vereins "Straßin" begehen konnte. Stellvertretende Vorsitzende des heutigen Jubiläumsvereins sind die Rittergutsbesitzer Hensel-Büssau und Wenzel Schönfeld, weitere Vorsitzende Mitglieder Senator Dr. Bismarck-Danzig und Kaufmann Heinrich Fischer-Danzig-Langfuhr. Als einziges Ehrenmitglied wird Major a. D. du Bois-Boppot geführt, der früher als Rittergutsbesitzer auf Lukoschin, Kreis Dirksburg, angehören wird.

Rundschau des Staatsbürgers.

Die Petitionierung von Rechtskonsulenten.

Vor dem Wojewodschaftsgericht in Posen wurde kürzlich eine Klage des Rechtskonsulenten Krause, Bromberg, gegen die Bromberger Städtische Polizeiverwaltung entschieden. Die hiesige Polizeiverwaltung hatte dem Kläger aufgetragen, sich "obronca prywatny" zu nennen. Das oben erwähnte Rundschreiben beruft sich zwar auf § 157 Abs. 1 der Zivilprozeßordnung, aber darin ist nur davon die Rede, daß das Gericht Bevollmächtigte und Vertreter, die sich berufsmäßig mit dem Auftreten in gerichtlichen mündlichen Verhandlungen beschäftigen, zurückweisen kann. Diese Rundverfügung kann sich niemals auf den Kläger beziehen, da dieser sich mit dem berufsmäßigen Auftreten vor Gericht nicht beschäftigt.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Einsenders versehen sein; anonyme Anfragen werden grundsätzlich nicht beantwortet. Auch muss jeder Anfrage die Abonnementsausübung beilegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen.

Erbshäst, Gjerl. Der überlebende Ehegatte zahlt Erbschaftssteuer erst von einem Erbe von über 10 000 zł.

G. S. Thorn. 1. Der Streit dürfte auf diese Weise kaum zum Ausbruch kommen, da nicht schutzen kann, was solche Dächer hier in Polen kosten, da sie nicht eingeführt werden. 2. Hier gezogene Angaben sind doch keine „bayerischen“ Dächer mehr. Eine solche Zuschätzung ist uns nicht bekannt.

Gustav J. in M., Kreis Schw. Sie müssen aufwerten. Ihre Gläubigerin war, abgesehen davon, dass sie noch nicht als Erbin erkannt war, auch deshalb berechtigt, das ihr von Ihnen angebotene Geld anzunehmen, weil es schon damals fast wertlos war. Die 4000 Mark, die Sie ihr bezahlen wollten, waren 57 zł. wert. Sie haben auf 15 Prozent = 740,70 zł. aufzuwerten.

„Nikel“. Einem Verkaufe des genannten früheren Metallgeldes sieht absolut nichts im Wege. Es kommt natürlich nicht als Geld in Betracht, sondern als Metall.

A. G. 1. Die 5000 Mark, die für die Mutter und die Schwester eingetragen worden sind, hatten nur einen Wert von je 200 zł. Diesen Betrag werden Sie wohl in beiden Fällen voll zu bezahlen haben, und dazu je 40 zł. Zinsen für die letzten vier Jahre. 2. Ihre Tochter bekommt den Platz gewährleistet, wenn sie ins Ausland will, um dort Arbeit zu suchen. Ein entsprechender Antrag ist an die Poststelle zu richten.

F. H. 100. Wenn es sich z. B. um Schuldsummen aus der Zeit von Anfang 1925 bis etwa August 1925 handelt, werden Sie die verlangten Aufschläge zahlen müssen, auch wenn eine Berechnung des Preises auf Tollarbasis nicht vereinbart war. Den inneren Käufer ist verpflichtet, dem Verkäufer den ver einbarten Preis zu zahlen (§ 428, 2. B. G.-B.), der Preis in Poln. war aber zu einer Zeit vereinbart, da der Sloth vari stand, während er jetzt erheblich unter vari steht.

Gustav R. in Br. 1. Käutionen werden nicht aufgewertet.

2. Aufwertung 10 Prozent = 166,60 zł.

Nichard R., Gärtnereibesitzer in B. Sie sind, da Ihre Zahlung nur mit Vorbehalt angenommen wurde, zur nachträglichen Aufwertung verpflichtet, und zwar haben Sie das Kapital zu zahlen 1851,75 zł. Sie haben im November 1921 zwar den Betrag abgezahlt, die 10 000 Mark waren aber damals nur 22 zł. wert. Diese 22 Sloth sind von der obigen Summe abzuziehen, so dass Sie noch 1829,75 zł. zu zahlen haben – nebst den rückständigen Zinsen von dieser letzteren Summe.

M. A. In beiden Fällen erben die Verwandten; ob sie in Deutschland mohnen oder in Polen, ist vollständig nebenständlich. Robert Bl. in B.-G. Sie haben etwa 60 Prozent zu zahlen, d.h. für die 100 000 Mark 750 zł. für die 20 000 Mark 150 zł. und für die 71 000 Mark 522,20 zł. Wenn über die Hälfte dieser Beträge im Grundbuch nicht enthalten ist, sind die Beträge erst nach ordnungsmäßiger Klärung zu zahlen.

R. J. 1. Für die 24 000 Mark haben Sie etwa 60 Prozent = 9 600 zł. und für die 29 000 gleichfalls etwa 60 Prozent = 14 424,40 zł. zu zahlen. Für den Wechselbertrag kann der Gläubiger nichts mehr fordern, da er das Geld ohne Vorbehalt angenommen hat. 2. Wenn auf dem von Ihnen verkaufen Grundstück nur Darlehenshypotheken lasten, ist das jetzige Eigentümer dafür haftbar.

B. in Sąp. 1. Wenn die 18 000 Mark aus der Teilung gemeinschaftlichen Vermögens herriihren und auf dem früheren väterlichen Grundstück eingetragen sind, haben Sie 18% Prozent zu verlangen.

Den Betrag können wir Ihnen nicht mitteilen, da wir nicht wissen, aus welchem Wirtschaftsjahr des Jahres 1918 die Forderung stammt. Handelt es sich aber um eine Darlehenshypothek, dann beträgt die Aufwertung nur 15 Prozent. 2. Für die 20 000 zł. können Sie 15 Prozent = 3 073,65 zł. beanspruchen.

B. L. 1. In den Jahren 1920–21 hatte das Geld einen sehr verschwundenen Wert. Die Banken merken Einsagen nach einem ziemlich komplizierten Verfahren mit 5 Prozent auf; der Höchstbetrag ist 125 zł. 2. Dazu ist der Vermieter verpflichtet.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Heimgehen meines unvergleichlichen Mannes, unseres lieben Vaters, sprechen wir hiermit

herzlichen Dank
aus.
1647
Berta Lück geb. Zellmann und Kinder.

Budg.-Szwederowo, d. 9. Februar 1927.

Für die herzliche Teilnahme und zahlreichen Kränze senden beim Hinscheiden unserer lieben Mutter

Emilie Rlinger

insbesondere Herrn Pfarrer Fischer für die trostreichen Worte am Grabe sowie dem Jungfrauen-Verein sagen

innigen Dank

Die Kinder und Familie Barth.

Brusze, den 8. Februar 1927. 1635

Für die zahlreichen Glückwünsche anlässlich unserer Silberhochzeit sagen wir auf diesem Wege

1649

herzlichen Dank.

O. Kastell u. Frau.

Rynarzewo, im Februar 1927.

Lukullus

Husten - Bonbons

gegen Husten u. Heiserkeit, nur echt mit unserer Firma und rotem Kreuz. Preis pro Beutel

30 gr. 2070

Lohnartikel für Wiederverkäufer.

Lukullus, Bydgoszcz, Poznańska 28 Telefon 1670.

Holzversteigerung.

Die Herrschaftliche Oberförsterei Nuronowo-Krainie versteigert

am Montag, den 14. Februar 1927

von vormittags 10 Uhr ab

im Gathaus des Herrn Janowicz in Dzwierszno (Dreidorf) nur gegen sofortige Barzahlung:

Revier Nuronowo-Mühle: Eichen- u. Kiefern-Stangenhausen, Kiefern - Kloben und Knüppel

Kasanerie: Erlen-Stangenhausen

Feldbrevier Centralremise: Erlen-Stangenhausen

Revier Czarny: Fichten - Stangen III, bis IV. Klasse und Kiefern - Reiser III. Klasse

Bauernwald: Trockene Eichen, Kloben u. Knüppel, Birken- u. Kiefern-Kloben, Kiefern - Stangenhausen und Kiefern-Reiser III. Klasse

Güntergost: Kiefern-Kloben, Stangenhausen und Reiser III. Klasse

Stebne: Etwas Kiefern-Landholz, Kloben, Stangenhausen und Reiser III. Klasse.

Herrschaftliche Oberförsterei.

Holzaufführung.

Am Donnerstag, den 17. Febr. 1927

vormittags 9 Uhr

im Gathaus des Herrn Taube in Grufta

Brennholz und Stroh

geg. sofortige Kasse. Abschlag günstig.

Majorat Orle, Kreis Graudenz.

Erlöste für Autischwagen

Kiefern, Käfer, Biegelkelen, Spießen, Koffflügel, Naben, trockenes Schirholz, Federn, Achsen usw.

lieferbar billiger Wagenfahrts vom Sperling, Nato. Tel. 80. 2076

Geldmarkt

Suche 5-6000 zł

zur ersten Hypothek auf 1 Stadtgrundstück. Zu erst. in d. Gsch. d. 3. 1681

E. 1606 an d. Gsch. d. 3.

Heirat

Evangel., kriegsbesch.

Witwer mit ll. Jung.,

in nicht schlechter Po-

sition, 35 J. alt, wünsc-

hete Heirat.

Berndien erwünscht,

doch nicht Bedingung,

Damen, groß und von

hym. Aussehen, mit

gewandtem Auftreten,

wollen Off. einsenden

unter D. 2584 an die

Geschäftst. d. Zeitung.

1647

Bydgoszcz, Dworcowa 50, Telefon 428. 1621

Gelehrtenverh., gebild.

Stellengelüge

Junger evangelischer

polnisch sprechender

Landwirt

sucht, gestützt auf gute

Zeugnisse u. Empfehlun-

gen, vom 1. 4. oder

früher Stellung auf

mittelgroßem Güte als

1. od. alleiniger

Beamter.

Offerten unter D. 2528

an die Gsch. d. 3.

Landwirt

äl., prakt. erfah., ev.

ledig, einfach, sucht

Stellung. Ja Zeugn.

u. Empf. vorh.

gesl. Off. unt. G. 2547

a. d. Gsch. d. 3. a. richt.

1649

Bydgoszcz, Dworcowa 50, Telefon 1670.

Sympathischer

Chauffeur

älterer Fahrer. Mon-

teur u. Schlosser, mit

länger. Praxis in aus-

wärt. Ländern u. guter

Autopflege. d. deutsch.

u. polnischen Sprache

mächtig, erstklass. Zeug-

nisse, sucht vom 1. April

dauernd. Kosten als

Chauffeur

oder selbständiger

Monteur.

Offerten unter B. 2194

an d. Gschäftst. d. 3.

1649

Bydgoszcz, Dworcowa 50, Telefon 1670.

Sympathischer

Förster

27 J. alt, sucht, gestützt

auf gute Zeugnisse und

Empf. von sofort oder

später Stellung.

Ja Zeugn.

R. Sulewski, Förster,

Gniewska Mlyn, p. v. Gniew. 2509

1649

Bydgoszcz, Dworcowa 50, Telefon 1670.

Sympathischer

Förster

27 J. alt, sucht, gestützt

auf gute Zeugnisse und

Empf. von sofort oder

später Stellung.

Ja Zeugn.

R. Sulewski, Förster,

Gniewska Mlyn, p. v. Gniew. 2509

1649

Bydgoszcz, Dworcowa 50, Telefon 1670.

Sympathischer

Förster

27 J. alt, sucht, gestützt

auf gute Zeugnisse und

Dluga
19
"Zródtó"
19
Dluga

Möbel

empfiehle unter günstigen Bedingungen:
Kompl. Speisezimmer,
Schlafzimmers. Ächsen,
wie eine Schranken
Tische, Bettst., Stühle.
Sofas, Sessel. Schreib-
tische, Mah. Salon und
and. Gegenstände. 2075
M. Piechowiak.
Tel. 1651.

Damenkleider, eleg.,
v. 8 zt fertigt an Miche-
leff, Pomorska 42, II. 1446. Dluga 8. Tel. 1651.

Große Versteigerung.

Am Sonnabend, den 12. Februar 1927,
vorm. 10 Uhr, wird ul. Gdańskia 131/32 beim
Spediteur Herrn Bodek eine 4-Zimmer-
Einrichtung nebst Küche verlost:

1. Ein Salon: Sofa, 2 Sessel, 4 Stühle
und 2 Spiegel.
2. Ein Speisezimmer (Küchbaum): 1 Büfett
nebst Unterteile, 1 Aus-
ziehtisch für 16 Personen, 12 Ledertische,
3. Ein Schlafzimmer (Fußboden): 2 Schränke
mit Spiegel, 2 Bett-
gestelle mit Matratzen, 1 Waschtisch mit
Marmorplatte und Spiegel, 2 Nachttische.
Einzelne Gegenstände, 1 komplette Küche,
vielen Küchengeräte, Glas, Porzellan, Töpfe,
2 Eisschränke, 1 Badmöbel, 1 Schreibtisch,
1 Sofa, 2 Sessel, 1 Teppich, Läufer, Schränke,
Bettgestelle (leinerne), Tische, Stühle, 1 Baar
Kutschenschirre u. viele and. Gegenstände.

Michał Piechowiak,
öffentlicher vereidigter Versteigerer und Taxator,
Dluga 8. Magazyn Mebl. Tel. 1651.

"JUNO-SPEISEÖL"

das anerkannt beste Speiseöl.

VORSICHT

beim Einkauf von Speiseöl.

Unsere Fabrikate sind anerkannt erstklassig, garantiert
rein. Es werden in letzter Zeit stark fettsäurehaltige
Öle, insbesondere Sojaöl, angeboten, die gesundheits-
schädlich sind, und bei häufigem Genuss zu Erkrankungen
der inneren Organe führen.

TIEGENHOFER ÖLMÜHLE

G. m. b. H.

TIEGENHOF.

Auf Winter-Paletot- u. Mantelstoffe
für Damen und Herren

gebe bis zum 20. Februar

20 Procent Rabatt!

Wer Bedarf hat, benutze diesen großen Vorteil!

A. Kutschke, Tuchhandlung

ul. Gdańskia 4

gegr. 1895.

Deffentl. Verlauf.
In einer Streitsache
verlaufe ich an Weist-
bieten auf fremde
Rechnung am 12. Febr.
d. J. um 15 Uhr im
Lokal der Restaur. Ku-
pietka in Bydgoszcz

200 Str. Erbien

laut Probe franko Golub

W. Junk 2602
zaprzyjony senzal
handlowy przy Izbie
Przemysł.-Handlowej
w Bydgoszczy.

Sonnenbl.-

Mehl

40-42 %

Leinkuchen

Rapskuchen

und

Fischmehl

empfiehlt

Landw. Ein- und

Verkaufs-Verein

Sp. z o. o.

Bydgoszcz-

Bielawki

Tel. 100.

Ia Dach-
u. Klebehappe
präp. Oberschles.
Steinkohlenteer

Klebemasse

Pappnägel

Dachschiefer

Rohrgewebe

Gips usw.

empfiehlt

J. Pietschmann

Bydgoszcz

Inh. E. Pietschmann

Dachpappenfabrik

Fabrik und Konf.

Grudziądzka 7/11

Lager bei Goncerzewicz, Zbożowy rynek 4

Tel. Nr. 82.

Gegr. 1845.

Buder-Zuder

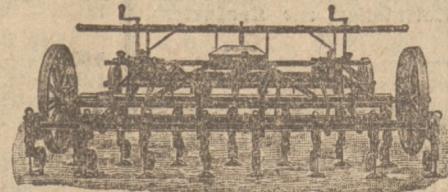
semitre. Mahlung täglich frisch, offert in
Leinen-Säcken zu 25 kg

1900

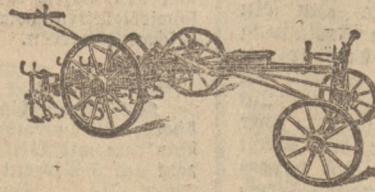
Lulius, Bydgoszcz, Poznańska 28, Tel. 1670.

Dehne's Original-

Parallelogramm-Hackmaschine „Siegerin“



D. R. P.
439689
D. R. G. M.
925649
D. R. G. M.
956493



unübertroffen!

hinsichtlich Konstruktion und Ausführung.

Einfache und schnelle Schnittwinkeleinstellung! Belastung und Entlastung des Hackrahmens ohne schwere Rollgewichtel. Einfache Messerverstellung! Parallelogramme mit regelbarer Federbelastung! Prospekte kostenlos!

Josef Szymczak, Maszyny i Narzędzia Rolnicze
Bydgoszcz, Dworcowa 84/85. Tel. 1122.

2601

Von 9-2 Dworcowa 56

Rechts-Bestand
Dr. v. Behrens
(obrota pryw.)

Von 4-8 Promenaad 3

Dluga
19
"Zródtó"
19
Dluga

Gewach. sandfreien

Ries

i. Storngr. 2-3 mm
" " 3-12 "

" " 12-30 "

" " 30-50

" wie Formland für
Gießerei hat frei
Rahn Wechselufer
Fordon oder frei
Waggon Umschluß-
gels Fordon abzug.

Tellerwaagen
una geeichte
Tafelwaagen

empfiehlt

F. Kreski

Gdańska 7.

Trang. Schalen
gesucht Ks. Korupki 98.
1634

A. Medzeq,
Dampfsiegelwerke,
Fordon - Weichsel.
Tel. 5. 2078

Gaison-Ausverkauf

Wir wollen unser Lager um jeden Preis
räumen, daher verkaufen

fast umsonst

Damenstrümpfe „Flor“	früh.	1.95 jetzt	-95
Damenmützen „Wolle“		3.50	-95
Kinderstrümpfe „Seide“	Gr. 1-8	1.75	-95
Kinderstrümpfe „Wolle“		2.95	-95
Kinderhüte „Baby“		3.50	-95
Kinderhüte „Samt“		3.75	-95
Kinderhüte „Wolle“		5.50	-2.95
Kinderhüte „Leberiohle“		7.50	-2.95
Damenhüte „Samt“		7.50	-3.95
Damenhüte „Sticerei“		5.75	-3.95
K.-Lederhüte „Grube“, Gr. 20-24		6.50	-3.95
Kinderhüte „Grube“, Gr. 25-35		9.50	-3.95
Knab.-Anzüge, gefärbt		9.75	-5.95
Kind.-Strickfaden, Gr. 50,		12.50	-6.95
Damenröcke „Cheviot“		12.50	-7.95
Damenhüte „Modelle“		16.50	-7.95

besonders preiswert

Damenhüte „Padlappe“	früh.	18.50 jetzt	-9.75
Ab.-Leder, tiefel, Gr. 31-36		18.50	-9.75
D.-Spanngesichtshüte „Box“		22.50	-13.50
H.-Lackhüte „Led.-Abi.“		32.50	-19.50
H.-Lederstiefel, genäht		28.50	-19.50
Damenkleider „Popelin“		28.50	-19.50
H.-Lackhüte „Goldfarb.“		48.50	-28.50
H.-Lackhüte „genäht“		38.50	-28.50
Damenmantel „Tuch“		48.50	-28.50
Damenmäntel „Samt“		78.50	-48.50
Damenjacken „Krimmer“		98.00	-58.00
Damenmäntel „Belzbejatz“		98.00	-58.00
Damenmäntel „Rips“		128.00	-78.00
D.-Mantel „Seidenplüscher“		198.00	-118.00

Mercedes, Mostowa 2.

Männer-Gesangverein „Liedertafel“

veranstaltet am Sonnabend, den 12. Februar 1927
in den festlich geschmückten Räumen des
Civil-Kinos ein Kostümfest, betitelt:

„Strand-Tanz auf Neubude“

Tanz- und Weindiele, Solotänze, Jazzband

Erstklassige Kurkapelle.

Einlaßkarten sind gegen Vorzeigung der Einladung zu haben
bei Herrn Wiśniewski, Mostowa 7, Herrn Haynn, Gdańska
Nr. 162 und an der Abendkasse.

2626

Freitag, den 11. Februar 1927

abends 8 Uhr

in der Deutschen Bühne:

Tanzgästspiel

Yvonne Georgi

in ihren neuesten Tanzschöpfungen.

Um Flügel: Erwin Grosse.

Blüthner-Konzertflügel der Fa. Sommerfeld.

Karten f. Mitgl. 6.-, 5.-, 3.50, 2.50, 2.-, 1.-, 0.50 für Nichtmitgl.

6.50, 5.50, 4.-, 3.-, 2.-, 1.-, 0.50 i. d. Buchh. E. Hecht M., Gdańsk 19.

Heute, Mittwoch, den 9. d. Mts.:

Wurstessen

eigenes Fabrikat

1604

Täglich Fluki, Eisbein m. Sauerkraut

Ed. Beidatsch, Gdańsk 28.

Morgen, Donnerstag:

Anstich von ff. Bockbier

als

Spezialität:

mit Sauerkraut und Kartoffelsalat.

1648